



IRex:RESEARCH

Working Paper #4 | 12.03.2026

Anders als die Anderen? Eine explorative Studie zu Einstellungen und Weltbildern vor der Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg.

Rolf Frankenberger, Tim Fröhlich, Katharina Mayer und Bjarne Pfau

Zusammenfassung:

Die vorliegende explorative Studie untersucht Einstellungen, Werte und Wahrnehmungen im Vorfeld der Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg und fragt insbesondere nach den Faktoren, die Wahlentscheidungen zugunsten extrem rechter Parteien beeinflussen. Grundlage ist eine Online-Befragung von 1.522 Personen, in der unter anderem Demokratiezufriedenheit, institutionelles Vertrauen, politische Entfremdung, Deprivationswahrnehmungen, kulturelle Bedrohung, Nationalismus sowie rechtsextreme Einstellungen erhoben wurden. Zugleich macht die Studie deutlich, dass die verwendete Nicht-Wahrscheinlichkeitsstichprobe keine bevölkerungsrepräsentativen Aussagen zulässt. Die Befunde sind daher als explorative Hinweise auf relevante politische und gesellschaftliche Einstellungsmuster in Baden-Württemberg zu verstehen und unterstreichen den Bedarf an weiterführenden repräsentativen Untersuchungen. Die Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede zwischen Personen mit Wahlabsichten für AfD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Insbesondere AfD-nahe Befragte weisen höhere Zustimmungswerte zu politischer Entfremdung, kultureller Bedrohung, Nationalismus und rechtsextremen Einstellungsmustern auf.

1. Eine explorative Studie zu Einstellungen in Baden-Württemberg

Inwiefern treiben Einstellungen, Werte und Wahrnehmungen Wahlentscheidungen und insbesondere Wahlentscheidungen für extrem rechte Parteien? Dies haben wir direkt vor der Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg in einer explorativen Studie untersucht. Dabei wurden insgesamt 1522 Personen mit Wohnsitz in Baden-Württemberg und einer Altersspanne zwischen 18 und 74 befragt. Abgefragt wurden erstens die soziodemografischen Variablen Alter, Geschlecht, Schulbildung, Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Haushaltsgröße, Haushaltseinkommen, Religionszugehörigkeit, Migrationshintergrund und Wohnort. Zweitens wurden vergangene und zukünftige Wahlentscheidung bei Landtagswahlen („Sonntagsfrage“) sowie die Parteibindung abgefragt. Drittens sollten die Befragten Einschätzungen zu Demokratie, Vertrauen, Anomie, Ambiguitätstoleranz, politischer Wirkmächtigkeit, individueller, absoluter und relativer räumlicher Deprivation abgeben. Nicht zuletzt wurden rechtsextreme Einstellungen und die Haltung zu Ethnopluralismus abgefragt.

Mit der Datenerhebung wurde die Firma Bilendi beauftragt. Die Erhebung erfolgte im Online Access Panel von Bilendi im Zeitraum von 19. Februar bis 3. März 2026. Entlang dieses Zugangs wurde als Erhebungsmodus auf Computergestützte Web-Befragungen (Computer Assisted Web Interviewing (CAWI)) entlang eines standardisierten Fragebogens zurückgegriffen. Die Befragten konnten den Fragebogen entsprechen selbstständig über das Internet sowohl auf dem Computer als auch auf Tablets und Smartphones ausfüllen.

Die Rohdaten wurden auf Speeder und Straightliner sowie unplausibles Antwortverhalten und Ausreißer geprüft und der Datensatz im Anschluss bereinigt. Darauf folgend wurde der Datensatz nach Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße und Bildung gewichtet, um größtmögliche Repräsentativität herzustellen. Aufgrund der Panelzusammensetzung und des daraus gezogenen Samples ist es nur begrenzt möglich, entlang der Soziodemografie Repräsentativität herzustellen, so dass die Befunde nicht eins zu eins auf die Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg übertragen werden können. In Tabelle 1 sind die auf der Basis der durch Bilendi vorgenommenen Gewichtung ermittelten Verteilungen der zentralen soziodemografischen Variablen dargestellt. Daher sollten die absoluten Zahlen zu Werten und Einstellungen nicht überinterpretiert werden, auch wenn die Richtungen und Trends durchaus mit Befunden aus anderen Studien in Einklang stehen (vgl. etwa Zick et al. 2025; Decker et al. 2024; Hebenstreit et al. 2025). Betrachtet man die Ausprägungen von Einstellungen und Wertorientierungen beispielsweise entlang der Parteiaffinität, so zeigen sich darin signifikante Unterschiede, die wiederum hinsichtlich der Grundausrichtung in Einklang stehen mit Befunden aus repräsentativen Studien (vgl. etwa Zick et al. 2025; Decker et al. 2024). Daher ist eine vergleichende Analyse der Untergruppen im Vergleich zueinander sowie zum Gesamtpanel durchaus valide, auch wenn die absoluten Werte in einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage variieren können. In diesem Sinne sind repräsentative Aussagen für die Bevölkerung Baden-Württembergs anhand der vorliegenden Studie nicht zulässig. Was jedoch anhand von Daten aus einer Panelbefragung möglich ist, ist die Überprüfung der so genannten Homogenitätsannahme. Diese gesagt, dass es keinen Unterschied zwischen verschiedenen Gruppen in der Stichprobe geben sollte. Gleichzeitig nehmen wir auf Basis der theoretischen Erklärungsansätze für die Wahl von extrem rechten Parteien an, dass es genau solche Unterschiede zwischen Gruppen in der Stichprobe geben sollte, insbesondere zwischen denjenigen, die sich selbst einer extrem rechten Partei zugehörig fühlen und denjenigen, die dies nicht tun. Darüber hinaus lässt sich aus der Parteienforschung heraus annehmen, dass sich Wähler:innen verschiedener Parteien grundsätzlich hinsichtlich ihrer Einstellungen unterscheiden sollten, da Parteien mit ihren Programmen jeweils bestimmte Positionen entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien repräsentieren (vgl. Lipset / Rokkan 1967; Bornschieer

2018; Bornschier et al. 2024; Merkel/Zürn 2019) und damit für Menschen mit spezifischen Einstellungsmustern ein politisches Angebot machen – beziehungsweise sich Menschen mit bestimmten Einstellungsmustern von bestimmten Parteien angezogen fühlen.

2. Zum Umgang mit Non-Probability Samples

Online-Access-Panel haben den Vorteil, dass sie bereits auf einen großen Personenstamm zurückgreifen können, die freiwillig an den entsprechenden Umfragen teilnehmen.

Über Kooperationen mit Medienhäusern, die zur Teilnahme an Online-Access Panel einladen, die freiwillige Zusage zur Aufnahme in diese Online-Access-Panels durch Befragte, die daraus resultierende potentiell höhere Teilnahmebereitschaft sowie Wissen über grundlegende Merkmale bzw. Eigenschaften der Panelmitglieder verringern sich für Online-Accesspanel langfristig die Kosten, die mit der Stichprobenziehung, Kontaktaufnahme und Unit-Nonresponse einhergehen, sodass Online-Access-Panels in der Lage sind, deutlich günstigere Konditionen anzubieten (Kohler & Post 2023: 70f.).

Darüber hinaus ermöglicht dieser Online-Access-Panel-Aufbau auch, Umfragen in kürzeren Erhebungszeiträumen durchzuführen, da die Anbieter über die Anmeldung am Access-Panel bereits auf bestehende Kontaktwege zurückgreifen können (ebd.: 71). Gerade im Hinblick auf die Möglichkeit, in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum vor der Landtagswahl aktuelle Einstellungs- und Wahlentscheidungsdaten zu erheben, bieten sich solche Online-Access-Panels aus dieser Perspektive besonders an.

Die beschriebenen Vorteile gehen entlang einer methodischen Dimension allerdings mit durchaus relevanten methodischen Einschränkungen einher, die die Repräsentativität solcher Online-Access-Erhebungen im Hinblick auf die Gesamtpopulation, die beschrieben werden soll, massiv verzerren können¹ (ebd.: 71ff.; Cornesse et al. 2020; Dassonneville et al. 2020; Einarsson et al. 2022).

Zum einen sorgen die Rekrutierungsstrategie von Online-Access-Panels und der Online-Erhebungsmodus selbst dafür, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen werden (Elliot & Valliant 2017: 252f.).

Zum anderen führt die Rekrutierungsstrategie von Online-Access-Panels zu mehrstufigen und höheren Selbstselektionswahrscheinlichkeiten, die nicht dem Zufallsprinzip folgen und die Stichprobe damit zu einer Nicht-Wahrscheinlichkeitsstichprobe machen (Kohler & Post 2023.: 72ff.). Die Ziehung der Stichprobe in Online-Access-Panels erfolgt nicht entlang der Grundgesamtheit (bspw. Bevölkerung Baden-Württemberg), sondern aus dem Online-Access-Panel selbst (Personen mit Wohnsitz in Baden-Württemberg, die im Online-Access-Panel des Anbieters registriert sind) (ebd.). Da die Registrierung und Aufnahme in solche Panels freiwillig sind, kommt es zu einer Selbstselektion, die nicht zufällig ist. Genau genommen kommt es im Rahmen von Online-Access-Panel an mehreren Stellen zu Selektionsprozessen, entlang derer spezifische personenbezogene Eigenschaften einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme haben können. Erstens hat bspw. die Auswahl von und Kooperation mit Medien einen Einfluss darauf, auf welchen Wegen potenzielle Panelteilnehmer*innen auf den Anbieter treffen (ebd.: 75ff.). Zweitens ist daran anknüpfend auch der Konsum von Medien, über die diese Angebote wahrgenommen werden, abhängig von spezifischen Eigenschaften der potentiellen Teilnehmer*innen (ebd.). Drittens, stellt auch die tatsächliche Entscheidung zum Beitritt des Panels eine Selektion entlang solcher Eigenschaften dar und viertens ist auch die Aktivität im Panel, die

¹ Verzerrung bezieht sich hier auf die durchschnittliche Abweichung des Stichprobenmittelwerts vom wahren Wert entlang sich unendlich wiederholender Stichprobenziehungen (Kohler & Post 2023: 72).

Wahrnehmung der spezifischen Umfrage sowie die Teilnahme selbst potenziell abhängig von spezifischen Eigenschaften (Elliot & Valliant 2017: 253). Entlang jeder dieser Selektionslinien erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Entfernung vom wahren Wert der Grundgesamtheit (ebd.; Kohler & Post 2023: 75ff.).

Im Hinblick auf die Repräsentativität sind daher, sowohl entlang theoretischer Perspektiven (Kohler & Post 2023), als auch entlang einschlägiger empirischer Studien (Cornesse et al. 2020; Dassonneville et al. 2020; Einarsson et al. 2022) solche Nicht-Wahrscheinlichkeitsstichproben, wie sie auch in dieser Arbeit verwendet werden, Wahrscheinlichkeitsstichproben deutlich unterlegen und machen sie insbesondere für die Beschreibung von Grundgesamtheiten wie der Bevölkerung Baden-Württembergs ungeeignet (Kohler 2019).

Entlang größerer Grundgesamtheiten wird in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass Nicht-Wahrscheinlichkeitsstichproben dennoch angemessen sein können, wenn die Merkmale, die von Interesse sind, nicht mit der Selbstselektionswahrscheinlichkeit und darin enthaltenen relevanten Merkmalen korrelieren (Kohler & Post 2023: 76). Generell und insbesondere im Rahmen dieser Arbeit und der Erhebung von politischen Wahlpräferenzen und rechtsextremen Ideologemen sowie weiterführenden Einstellungen, ist diese Annahme allerdings hoch problematisch und auch nicht durch Gewichtungen vollständig adäquat auszugleichen (ebd.: 76ff.; Cornesse et al. 2020: 12).

Für die Interpretation der nachfolgenden Ergebnisse aus der beschriebenen Umfrage bedeutet dies, dass die prozentualen Häufigkeitsverteilungen keinesfalls als repräsentative Abbildungen der relevanten Einstellungsdimensionen in der gesamten Wohnbevölkerung Baden-Württembergs und ihrer ausgewiesenen Teilgruppen gelesen und interpretiert werden dürfen.

Ethische und normative Einordnung

Geleitet von den Arbeiten der Mitte-Studie (Zick et al. 2025), der Leipziger Autoritarismusstudie (Decker et al. 2024) sowie bspw. dem Thüringen-Monitor (Reiser et al. 2024), geben die ersten, vorläufigen, Ergebnisse dieser Nicht-Wahrscheinlichkeitsstichprobe einen Einblick in die potenziellen Verteilungen rechtsextremer Ideologeme und Einstellungen in Baden-Württemberg sowie weiterführenden, das politische Handeln beeinflussenden Einstellungen. Die beschriebenen Einschränkungen dieser Ergebnisse machen es im Rahmen einer verantwortungsvollen Veröffentlichungspraxis & des Vertrauensvorschlusses, der wissenschaftlichen Forschung gesellschaftlich tendenziell eingeräumt wird, an dieser Stelle nochmals zwingend notwendig, darauf zu verweisen, dass sich diese Ergebnisse in ihrer Singularität weder als starkbelastbare Argumente zur Teilnahme an und Verwendung in politischen Meinungsbildungsprozessen, noch zur Vorbereitung politischer Entscheidungen eignen (Kohler & Post 2023: 82)

Tabelle 1: Soziodemografie der Stichprobe (gewichtet)

Variable	Ausprägung	Stichprobe	
		Anzahl	Prozent
Alter	18-29	296	19,6
	30-39	277	18,4
	40-49	254	16,8
	50-59	324	21,4
	60-74	361	23,9
Geschlecht	Weiblich	748	49,5
	Männlich	763	50,5
Schulabschluss	(noch) keiner	45	3,0
	Hauptschulabschluss	378	25,0
	Realschulabschluss oder gleichwertiger Abschluss	468	31,0
	Abitur oder gleichwertiger Abschluss	620	41,0
Beruflicher Abschluss	Noch in Ausbildung oder Studium	42	2,8
	Kein Abschluss	102	6,8
	Lehre	597	39,9
	Berufsqualifizierender Abschluss einer beruflich schulischen Ausbildung	222	14,7
	Fach-, Meister-, Technikerschule, Verwaltungs-, Wirtschafts-, Berufs-, Fachakad.	155	10,2
	Bachelor, Diplom (FH)	200	13,2
	Master, Diplom (Uni) inkl. Magister, Staatsexamen, Promotion	180	11,9
	Sonstiger	13	0,8
Erwerbstätigkeit	Vollzeit	735	48,7
	Gelegentlich oder geringfügig	30	2,0
	Teilzeit (15-35 Std.)	261	17,3
	Selbständig	46	3,0
	Hausfrau/-mann	54	3,6
	Arbeitslos	33	2,2
	Ausbildung	46	3,0
	Freiwilligendienst	2	0,1
	Elternzeit	19	1,3
	Ruhestand	232	15,3
	Berufliche Eingliederung	8	0,5
	Berufsunfähig	26	1,7
	Sonstig nicht erwerbstätig	20	1,3
Haushaltsgröße	1 Person	299	19,8
	2	539	35,6
	3	254	16,8
	4	329	21,8
	5 und mehr	90	5,9
Religion	Evangelisch	426	28,2
	Katholisch	443	29,3
	Freikirchlich	19	1,3
	Andere christliche Glaubensgemeinschaft	42	2,9
	Muslimisch	40	2,7
	Fernöstliche Glaubensgemeinschaft	3	0,2
	Jüdisch	7	0,5
	Andere	19	1,3
Migrationsgeschichte	keine	511	33,8
	Ja	299	19,8
	nein	1212	80,2

Aufgrund der Wahlergebnisse und des Samples fokussieren wir unsere Auswertung auf die Gruppen derjenigen, die bei der Sonntagsfrage angegeben haben, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU oder die AfD wählen zu wollen. Die Gruppen für die anderen Parteien sind im Sample jeweils zu klein, um valide Aussagen treffen zu können (siehe Tabelle 1)

Tabelle 2: „Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer Zweitstimme wählen?“

	Häufigkeit	Prozent
Bündnis 90/ Die Grünen	226	15,0
CDU	292	19,3
SPD	126	8,4
FDP	77	5,1
Alternative für Deutschland (AfD)	328	21,7
Die Linke	91	6,0
Andere Partei, und zwar	94	6,2
Würde nicht wählen	60	4,0
Bin unentschlossen	203	13,5
Nicht wahlberechtigt	13	0,9
Gesamt	1511	100,0

3. Was sind Erklärungen für die Erfolge extrem rechter Parteien?

Es gibt in den Sozialwissenschaften verschiedene Ansätze zur Erklärung von Wahlerfolgen extrem rechter Parteien. Die AfD gehört als rechtsextremistischer Verdachtsfall (vgl. Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen 2024) zum Spektrum der extrem rechten Parteien und ist aufgrund ihrer Wahlerfolge auf kommunaler, Landes- und Bundesebene von besonderer Bedeutung bei der Analyse extrem rechter Parteien. Susanne Pickel (2019) hat Erklärungsansätze am Beispiel der AfD zusammengestellt und analysiert.

- Modernisierungsverliererthese:** Globalisierung verändert Arbeit und erhöht vor allem für Menschen mit niedrigerer formaler Bildung die ökonomische Unsicherheit. Aber auch Menschen aus der Mittelschicht können sich subjektiv als Modernisierungsverlierer empfinden. Sie machen dafür die wirtschaftliche Globalisierung und deren Folgen verantwortlich und wählen die AfD, weil diese eine wirtschaftliche Abschottung propagiert. Oder sie machen Migrant:innen für den Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich und wählen die AfD, weil diese Migration zu unterbinden verspricht. Nicht zuletzt kann es sich um eine Protestwahl handeln, mit der die persönliche Unzufriedenheit an der Wahlurne zum Ausdruck gebracht werden soll.
- Sozialstrukturelle Ungleichheit:** Es gibt Unterschiede hinsichtlich Bildung und Einkommen. Diese sorgen dafür, dass sich die Einstellungen der Menschen ändern und diese sich eher an traditionellen, konservativen und Sicherheitswerten orientieren. Die AfD macht entsprechende Angebote und vertritt diese Einstellungen. Der Wandel geht von den Wähler:innen aus
- Kulturelle Bedrohung:** Menschen nehmen die Veränderung ihrer alltäglichen Welt als Bedrohung für ihre Identität und Kultur wahr. Dies gilt für traditionelle Familienbilder ebenso wie für die christliche Religion. Diese Wahrnehmungen sind daher anschlussfähig an extrem rechte

Bedrohungsnarrative zu Islamisierung des Abendlandes und Überfremdung, die auch von der AfD geschürt werden.

4. **Nationalismus:** Es gab in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg durchgehend ein Wählerpotential für nationalistische Ideen. Mit der AfD gibt es nun seit langem wieder eine größere Partei, die Werte wie Nationalismus, Patriotismus und Ethnozentismus in Parlamenten vertritt. Sie kann diese Potentiale besser mobilisieren und binden als frühere extrem rechte Parteien wie die NPD oder die Republikaner.
5. **Kosmopolitismus vs. Kommunitarismus:** Diese These verbindet die Ansätze zu Modernisierungsverlierern, Nationalismus und kultureller Bedrohung. Menschen mit international nutzbaren Qualifikationen und einer kosmopolitischen Orientierung sind Globalisierungsgewinner und fördern die offene Gesellschaft, während Personen mit wenig nachgefragten Qualifikationen und starker lokaler Bindung eher Globalisierungsverlierer sind und eine nationale Rückbesinnung fordern. Die AfD bietet für letztere zahlreiche Anknüpfungspunkte
6. **Politische Entfremdung:** Es gibt langfristige Vertrauensverluste in die Politik und den Staat, weil eine Repräsentationslücke oder fehlende Problemlösekompetenz wahrgenommen wird und sich in Entfremdung und Enttäuschung ummünzt. Die AfD behauptet, eine andere Politik zu machen und Probleme lösen zu können und bietet den Entfremdeten politische Anknüpfungspunkte.
7. Das Gegenstück zur Entfremdung ist die **(Über) Identifikation** mit der neuen, vermeintlich anderen Partei AfD, die die „wahren Interessen“ des Volkes repräsentiert und umsetzt.
8. **Individualisierung** ist ein weiterer gesellschaftlicher Trend, der von der extremen Rechten genutzt wird. Die Menschen nehmen eine zunehmende Vereinzelung und Auflösung sozialer Gemeinschaften wahr und empfinden diese als Verlust. Die AfD und die extreme Rechte bieten ihrerseits national und völkisch aufgeladene Identitäts- und Gemeinschaftsangebote, um diese Menschen an sich zu binden.

Diese Erklärungsansätze weisen durchaus Überschneidungen auf, wie insbesondere bei der Kosmopolitismus-Kommunitarismus-These deutlich wird. Dies ist zwar einerseits plausibel, weil Multikausalität, also: es gibt mehrere Ursachen, die einzeln oder im Zusammenspiel ein Ergebnis, hier den Wahlerfolg der AfD, erzeugen, in gesellschaftlichen Zusammenhängen eher der Normal- als der Ausnahmezustand ist. Andererseits ist dies für das Messen und Überprüfen einzelner Erklärungen schwierig, da man ähnliche oder gleiche Dinge/Variablen messen müsste.

Betrachtet man die Nachfrageseite, also die Wähler:innen von extrem rechten Parteien, so müssten diese entsprechende Einstellungen aufweisen, die sie extrem rechte Parteien wählen lassen. Einstellungen lassen sich anhand von Umfragen erfassen, wenn die Erklärungsansätze entsprechend über Fragen oder Aussagen operationalisiert werden können. Für vier der oben diskutierten Ansätze können wir dies exemplarisch diskutieren:

- Die **Modernisierungsverlierer-These** etwa lässt sich darüber operationalisieren, ob Menschen wahrnehmen, dass sie „zu kurz“ kommen im Vergleich zu anderen und ob sie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch Ausländer:innen wahrnehmen.
- Die These der **politischen Entfremdung** kann in Umfragen etwa über das Vertrauen in politische Institutionen, die Zufriedenheit mit der Demokratie oder die Einschätzung der politischen Einflussmöglichkeiten erfasst werden.
- **Kulturelle Bedrohung** lässt sich beispielsweise über Einstellungen zu Überfremdung oder die ethnozentristisch motivierte Ablehnung einer „Vermischung von Völkern“ erfassen.

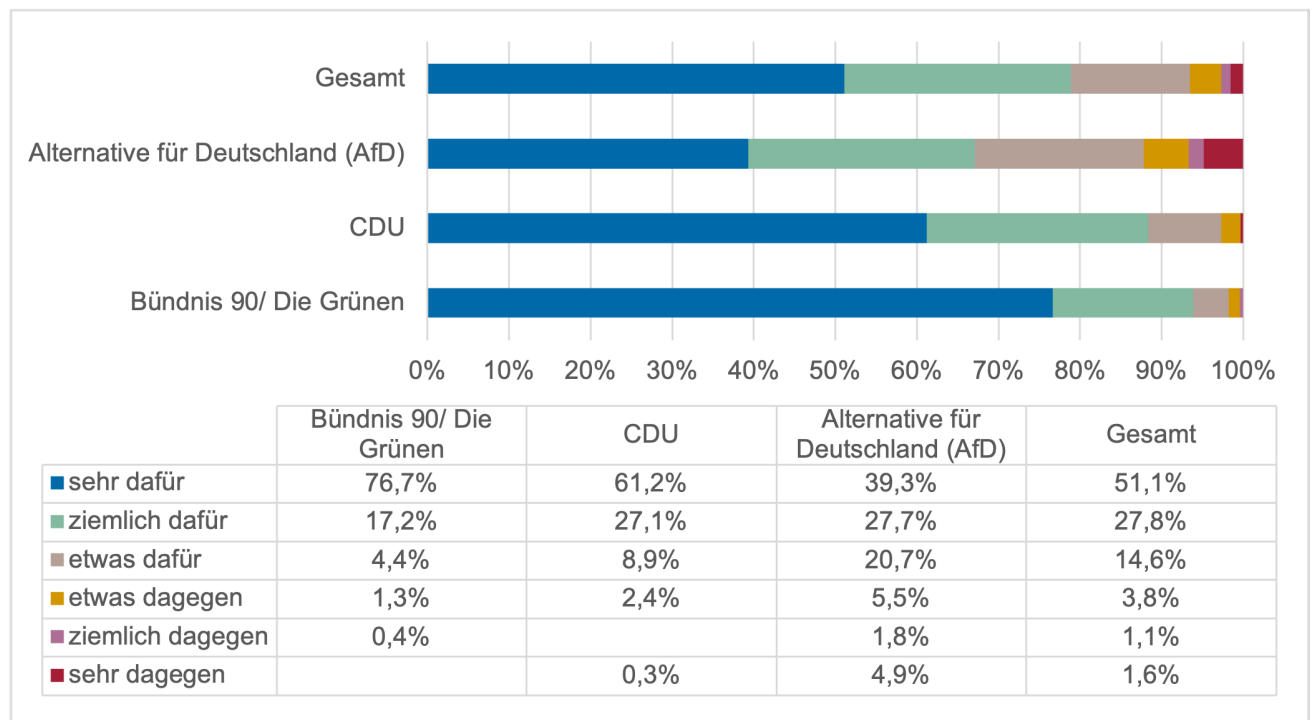
- Nicht zuletzt lässt sich die **Nationalismus-These** über Fragen nach Nationalgefühl sowie zur Überlegenheit des eigenen Volkes operationalisieren. Hier wären zusätzlich auch Fragen zu Ethnozentrismus oder im deutschen Kontext zur Verharmlosung des Nationalsozialismus (als notwendiger Bedingung eines erstarkenden Nationalismus) mögliche Indikatoren.

Im Folgenden werden wir zunächst zentrale Befunde zu Demokratiezufriedenheit und Vertrauen diskutieren und aufzeigen, dass sich die untersuchten Gruppen zum Teil sehr deutlich unterscheiden. In der Folge werden wir anhand der von uns erhobenen Daten prüfen, inwieweit sich Belege für die Erklärungskraft der vier von uns ausgewählten Ansätze auf der Einstellungsebene finden.

3.1 Demokratiezufriedenheit

Demokratiezufriedenheit ist nach David Easton ein zentraler Indikator für die Stabilität demokratischer politischer Systeme. David Easton betont mit seinem Konzept der Unterstützung die „Haltung einer Person gegenüber einem Objekt“ (Lambach 2015, S.599; Easton 1965). Die Unterstützung kann erstens spezifisch, also auf konkrete Politikergebnisse (Outputs) bezogen sein. Oder sie kann zweitens diffus, also orientiert an der dauerhaften Bewertung eines politischen Systems und damit weitgehend unabhängig von konkreten Outputs sein. Insbesondere die diffuse Unterstützung ist relevant für die Stabilität der Demokratie. Wie stehen die verschiedenen Gruppen also zur Demokratie? Dies wurde mit drei Standardfragen nach der Zufriedenheit mit der Idee der Demokratie, der Demokratie, wie sie in unserer Verfassung verankert ist und dem Funktionieren der Demokratie abgefragt (vgl. Decker et al.2024). Die beiden ersten Fragen zielen auf die diffuse Unterstützung, die dritte Frage lässt sich sowohl als Indikator für diffuse Unterstützung als auch der Frage nach der Performanz für spezifische Unterstützung werten.

Abbildung 1, „Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zu der Idee der Demokratie sagen? Sind Sie ...“
(n=1511; m=1,81; sd=1,060; $\chi^2=200,538$ p<0,001)



Hier zeigt sich ein Trend, der sich vergleichbar in anderen Studien auch zeigt. Die Zustimmung zur Demokratie als Idee ist mit 93,5% Zustimmung deutlich höher als die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in der Verfassung verwirklicht ist (56,9%).

Abbildung 2: „Was würden Sie allgemein zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System, sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? Ich bin damit...“ (n=1511; m=2,56; sd=0,908; Chi²=255,76; p<0,001)

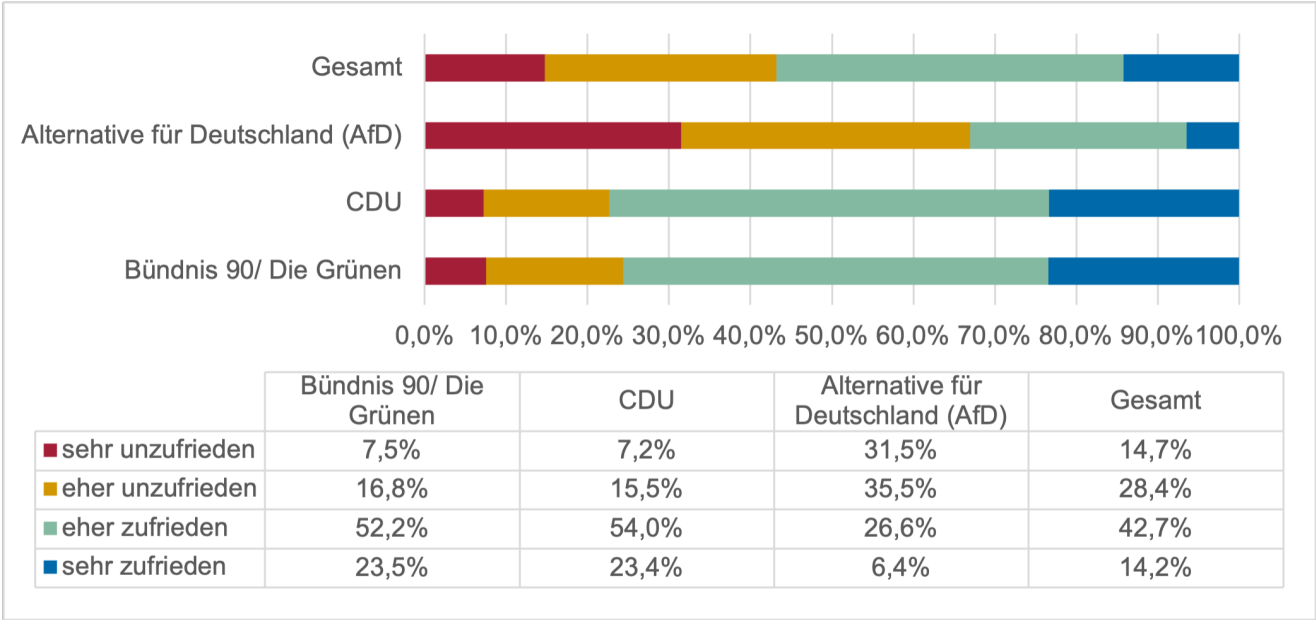
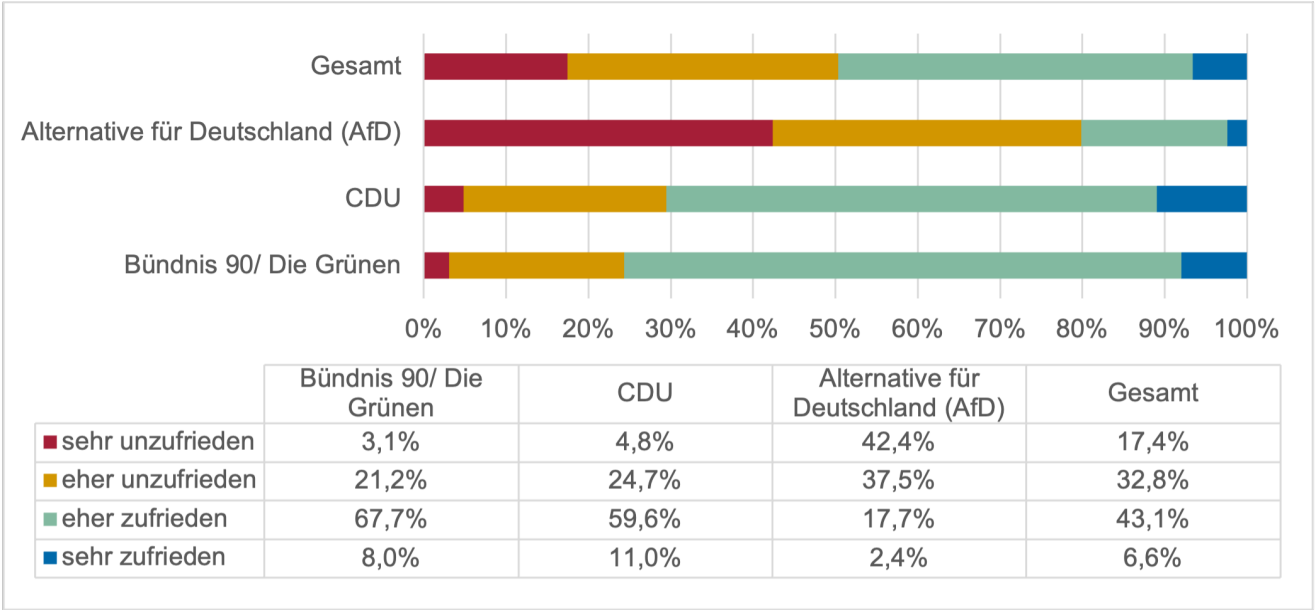


Abbildung 3: „Was würden Sie allgemein zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System, sagen, so wie es tatsächlich funktioniert. Ich bin damit...“ (n=1511; m=2,39; sd=0,848; Chi²=392,99; p<0,001)



Noch weniger zufrieden sind die Befragten damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Lediglich 49,7% sind damit eher oder sehr zufrieden. Betrachtet man nun die Gruppen der Wähler:innen

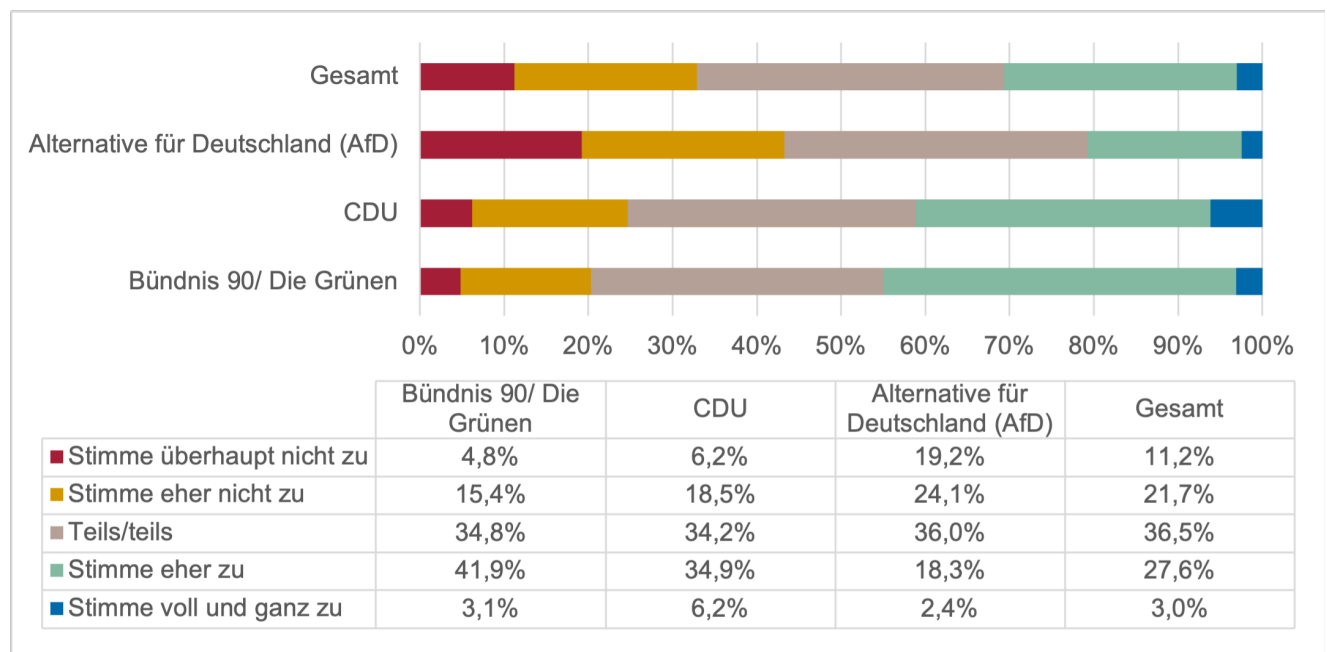
der AfD, der CDU und der Grünen gesondert, so zeigen sich deutliche Unterschiede in der Bewertung. Am unzufriedensten in allen drei Bereichen sind die AfD-Wähler:innen, während die CDU-Wähler:innen am zufriedensten mit der Demokratie in der Verfassung und die Grünen-Wähler:innen am zufriedensten mit dem Funktionieren der Demokratie sind (vgl. Abbildungen 1-3). Die Wahrnehmungen der und Einstellungen zur Demokratie scheinen ein Treiber der Wahl der AfD zu sein, die ihrerseits immer wieder demokratieskeptische Positionen vertritt.

3.2 Generalisiertes Vertrauen und Vertrauen in Institutionen

Zusammenhalt beruht insbesondere auf gegenseitigem Vertrauen und sozialem Kapital. Robert Putnam (1995, S. 664f.) definiert soziales Kapital als diejenigen Merkmale des sozialen Lebens, die es den Beteiligten ermöglichen, gemeinsam effektiver zu handeln, um gemeinsame Ziele zu verfolgen. Dazu gehören insbesondere also Netzwerke, Normen und das Vertrauen in Andere. Soziales Kapital wird hier im Sinne von moralischen Verpflichtungen und Normen generalisierbarer Reziprozität verstanden. Soziale Werte (insbesondere Vertrauen) und soziale Netzwerke (insbesondere in Form freiwilliger Zusammenschlüsse) wiederum betrachtet er als Grundlage für ein gut funktionierendes ökonomisches System sowie für politische Integration (vgl. Putnam 1993; 2007, zur Diskussion etwa Offe 1999 und Grix 2001). Vertrauen als Kitt der Gesellschaft ist daher eine weitere Dimension, die wir abgefragt haben. Dabei wurde zum einen nach dem generalisierten Vertrauen gefragt (vgl. European Values Survey), welches das Grundvertrauen in andere Menschen abfragt. Darüber hinaus wurde nach dem Vertrauen in zentrale Institutionen der Demokratie wie die Regierung, den Landtag, die politischen Parteien, Gerichte und die Medien gefragt (vgl. European Values Survey).

Ähnlich wie bei der Zufriedenheit mit der Demokratie zeigen sich hier deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen. Die niedrigsten Zustimmungswerte beim generalisierten Vertrauen geben die Wähler:innen der AfD (20,7%) an, gefolgt von den CDU-Wähler:innen (41,1%), während die Grünen-Wähler:innen hier die höchsten Werte aufweisen (45%).

Abbildung 4: „Den meisten Menschen kann man vertrauen“ ($n=1511$; $m=2,90$; $sd=1,024$; $\chi^2=147,39$; $p<0,001$)



Sehr deutlich sind auch die Unterschiede bezüglich zentraler Institutionen der repräsentativen Demokratie (vgl. Abbildungen 5-9). Die Wähler:innen der AfD sind geprägt von einem tiefen Misstrauen (vertraue gar nicht und vertraue eher nicht) gegenüber Landesregierung (67,7%), Landtag (64,5%), politischen Parteien (75,6%) und Medien (70,7%).

Abbildung 5: „Vertrauen in die Landesregierung“ (n=1511; m=2,86; sd=1,117; Chi²=568,17; p<0,001)

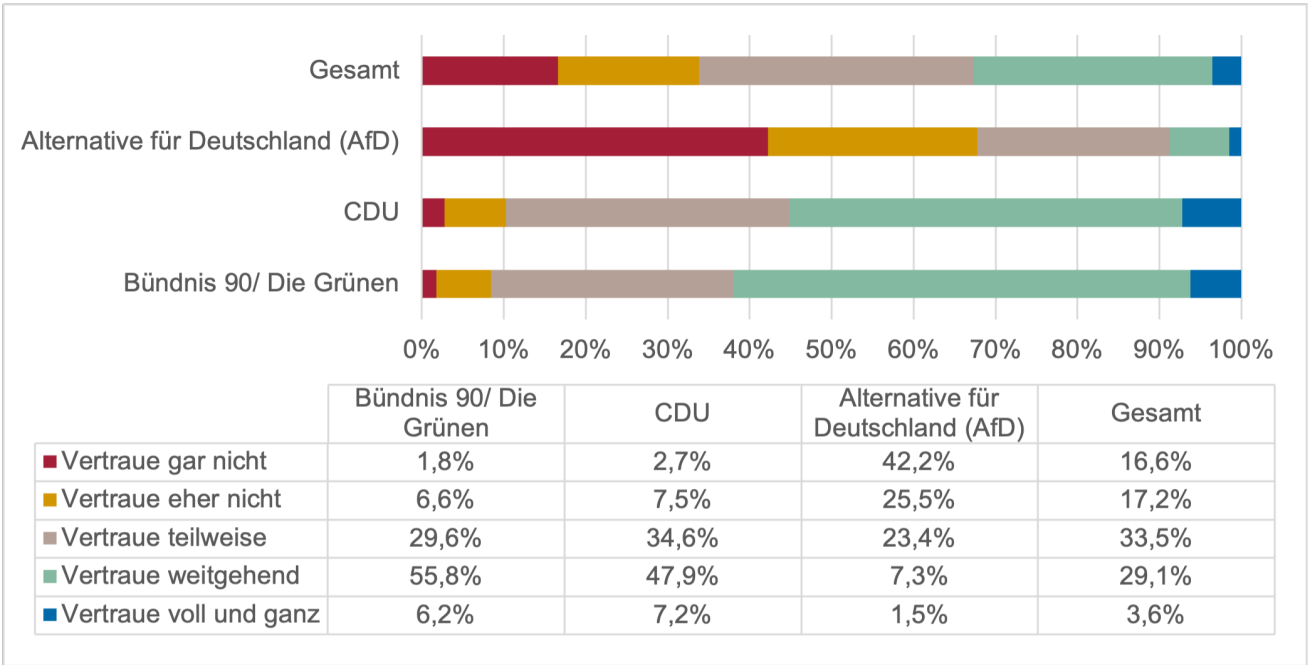


Abbildung 6: „Vertrauen in den Landtag“ (n=1511;m=2,88; sd=1,112; Chi²=512,44;; p<0,001)

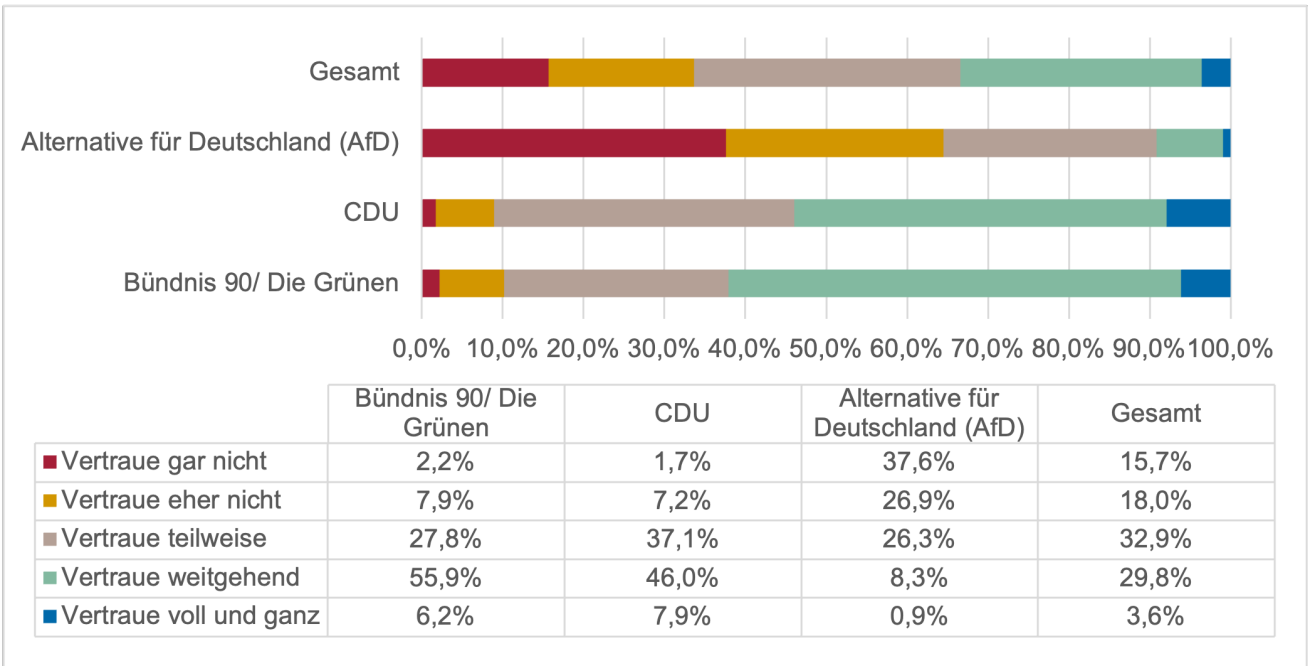


Abbildung 7: „Vertrauen in die politischen Parteien“ (n=1511; m=2,47; sd=1,044; Chi²=426,89; p<0,001)

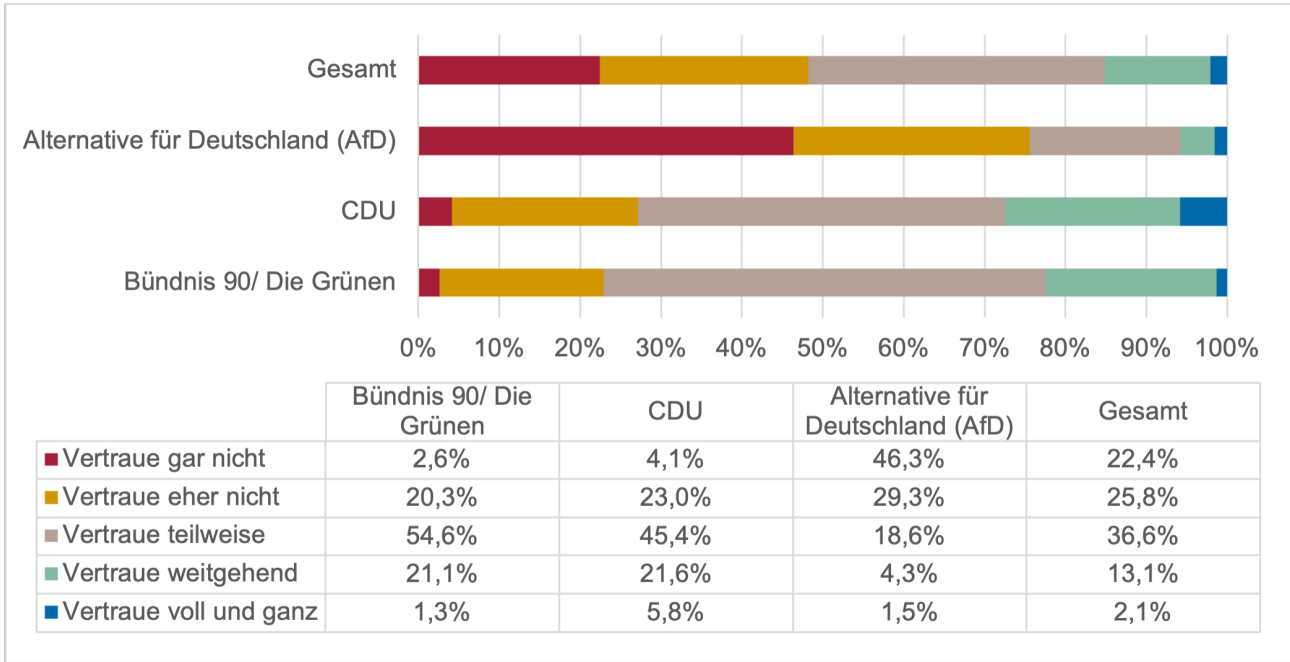


Abbildung 8: „Vertrauen in die Gerichte“ (n=1511; m=3,37; sd=1,138; Chi²=310,94; p<0,001)

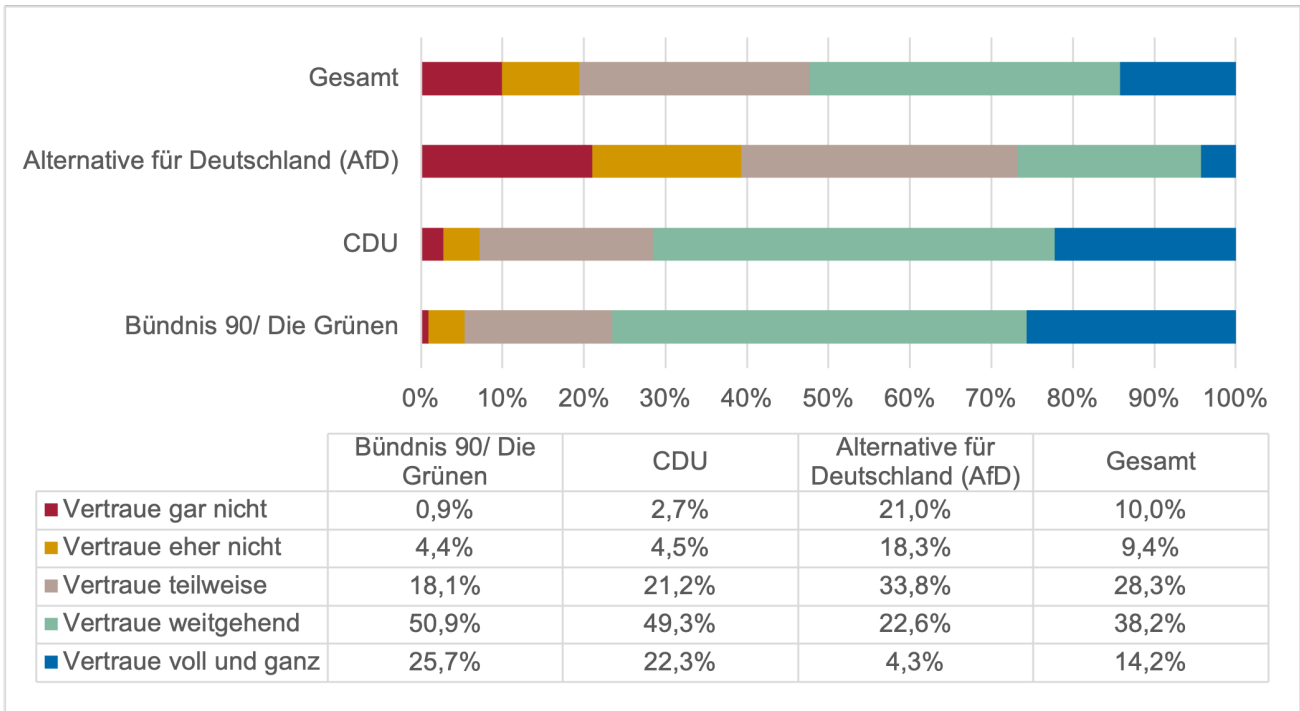
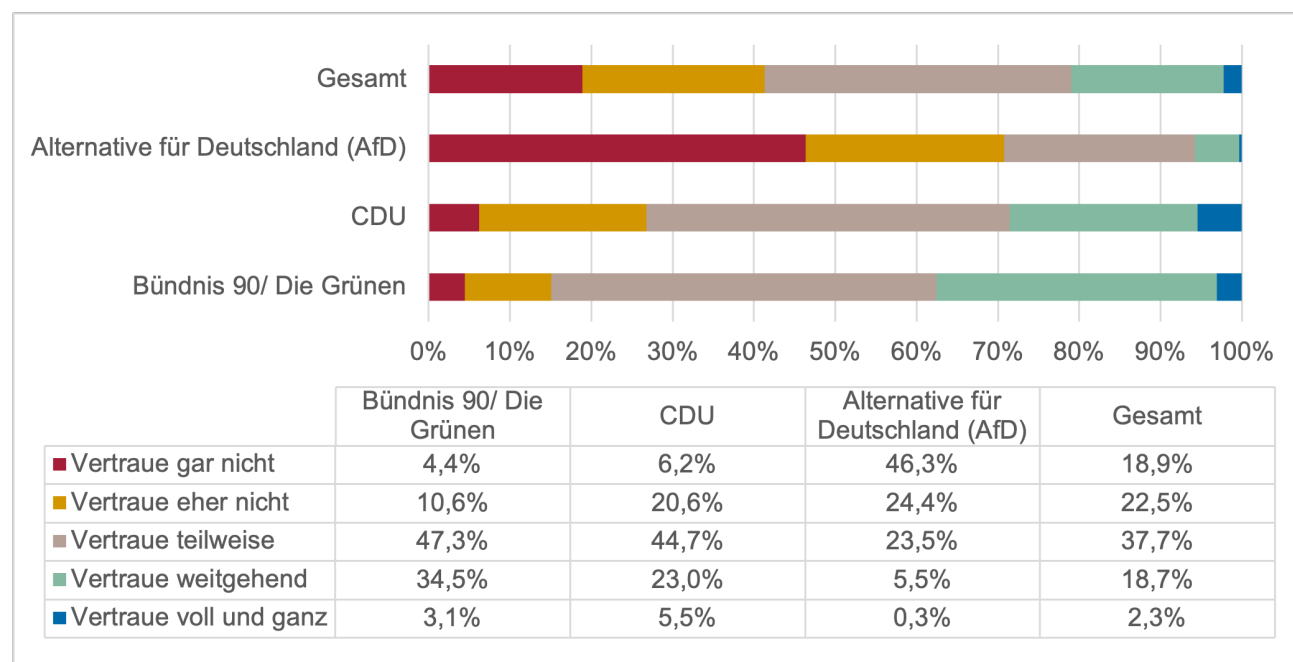


Abbildung 9: „**Vertrauen in die Medien**“ ($n=1511$; $m=2,63$; $sd=1,060$; $\chi^2=384,27$; $p<0,001$)



Lediglich Gerichte genießen in dieser Gruppe noch ein wenig Vertrauen (vertraue weitgehend und vertraue voll und ganz 26,9%). Damit unterscheiden sie sich deutlich von den Wähler:innen der CDU und der Grünen. In beiden Gruppen sind die Anteile derjenigen, die diesen Institutionen vertrauen, jeweils deutlich größer als die derjenigen, die ihnen misstrauen, sind Vertrauenswerte über alle Fragen hinweg höher als das Misstrauen. Und mit Ausnahme der politischen Parteien und Medien machen diejenigen, die den Institutionen vertrauen, die klare Mehrheit aus. Bei ersteren findet sich auch bei diesen beiden Gruppen eine profunde Skepsis, was die Anteile derjenigen zeigen, die Parteien teilweise vertrauen (45,4% CDU und 54,6% Grüne). Bei zweiteren sind es 44,7% (CDU) und 47,3% bei den Grünen, die nur teilweise vertrauen.

3.3 Die Modernisierungsverlierer-These

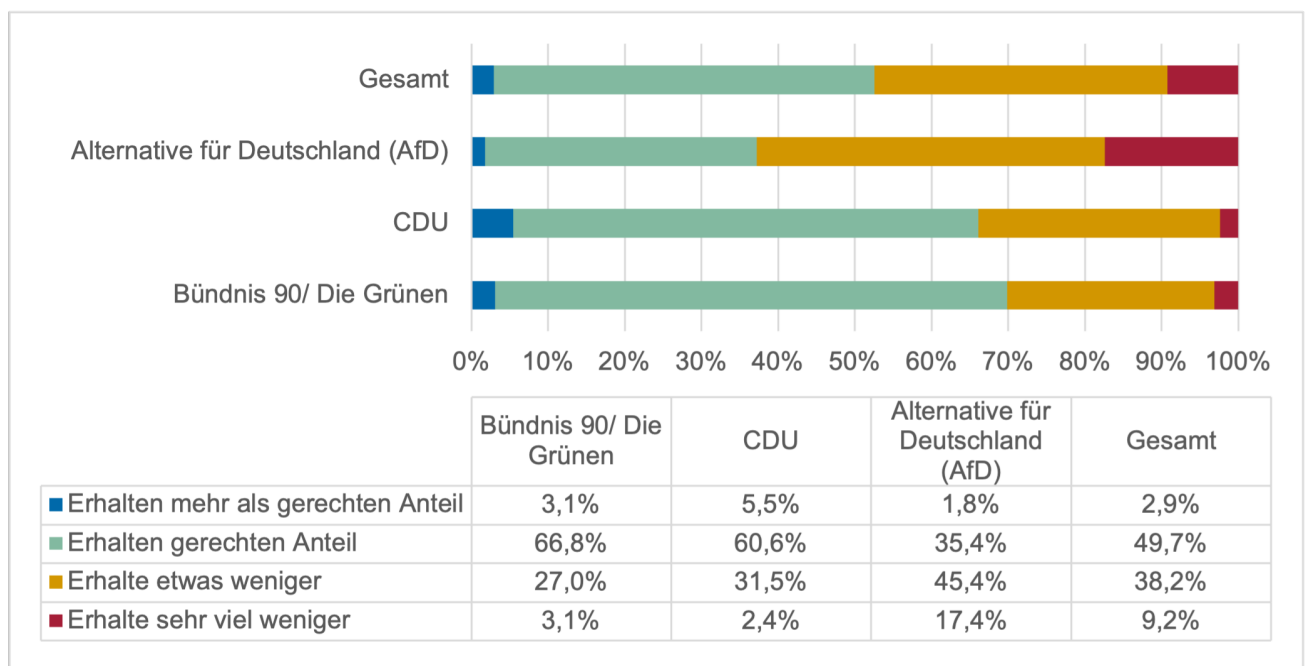
Globalisierung, Deindustrialisierung, Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte bei gleichzeitiger Schwächung wohlfahrtstaatlicher Absicherungsmechanismen erzeugen soziale Abstiegsängste und tatsächlichen sozialen Abstieg (Lengfeld 2017: 213f.; Lux 2018: 257). Die damit verbunden negativere Selbstwahrnehmung des eigenen gesellschaftlichen Status und der verringerten sozialen Anerkennung sorgen dafür, dass Menschen sich ungerecht behandelt fühlen und entsprechende Deprivationswahrnehmungen, definiert als ein „Zustand des tatsächlichen oder perzipierten Entzugs bzw. der Entbehrung von etwas Erwünschtem“ (Rippl & Seipel 2005: 645), ausbilden, durchaus unabhängig von der tatsächlichen finanziellen Lage und ökonomischen Absicherung. Diese können durch extrem rechte Parteien mobilisiert werden, um demokratiefeindliche und demokratiegefährdende Einstellungen zu fördern (Rippl & Seipel 2018: 246ff.; Sachweh 2020; Lux 2018: 262ff.).

Die Modernisierungsverlierer-Hypothese lässt sich daher beispielsweise darüber operationalisieren, ob Menschen wahrnehmen, dass sie „zu kurz“ kommen im Vergleich zu anderen, ob sie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch Ausländer:innen wahrnehmen oder darüber, dass sie das Gefühl haben, sich in der Welt nicht mehr zurecht zu finden. In unserer Befragung haben wir entsprechende Items abgefragt:

- „Im Vergleich dazu, wie andere in Baden-Württemberg leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“ (Relative individuelle Deprivation, vgl. Zick et al. 2025)
- „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ (Fremdenfeindlichkeit, vgl. Decker et al. 2024)

Betrachtet man die Befunde, so zeigt sich erstens, dass eine knappe Mehrheit der Befragten glaubt, in Relation zu den anderen Menschen in Baden-Württemberg einen gerechten (49,7%) oder sogar mehr als einen gerechten (2,9%) Anteil zu erhalten. Gleichzeitig bedeutet dies, dass fast die Hälfte der Befragten glaubt, in irgendeiner Weise zu kurz zu kommen. Zwischen den Gruppen zeigen sich deutliche und signifikante Unterschiede. Während die Wähler:innen der CDU und der Grünen weit überwiegend zufrieden sind, glauben die AfD-Anhängerinnen mehrheitlich, weniger (45,4%) oder sehr viel weniger (17,4%) als den gerechten Anteil zu erhalten als andere Menschen in Baden-Württemberg.

Abbildung 10: „Im Vergleich dazu, wie andere in Baden-Württemberg leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“ ($n=1511$; $m=2,54$; $sd=0,701$; $\chi^2=150.11$; $p<0,001$)



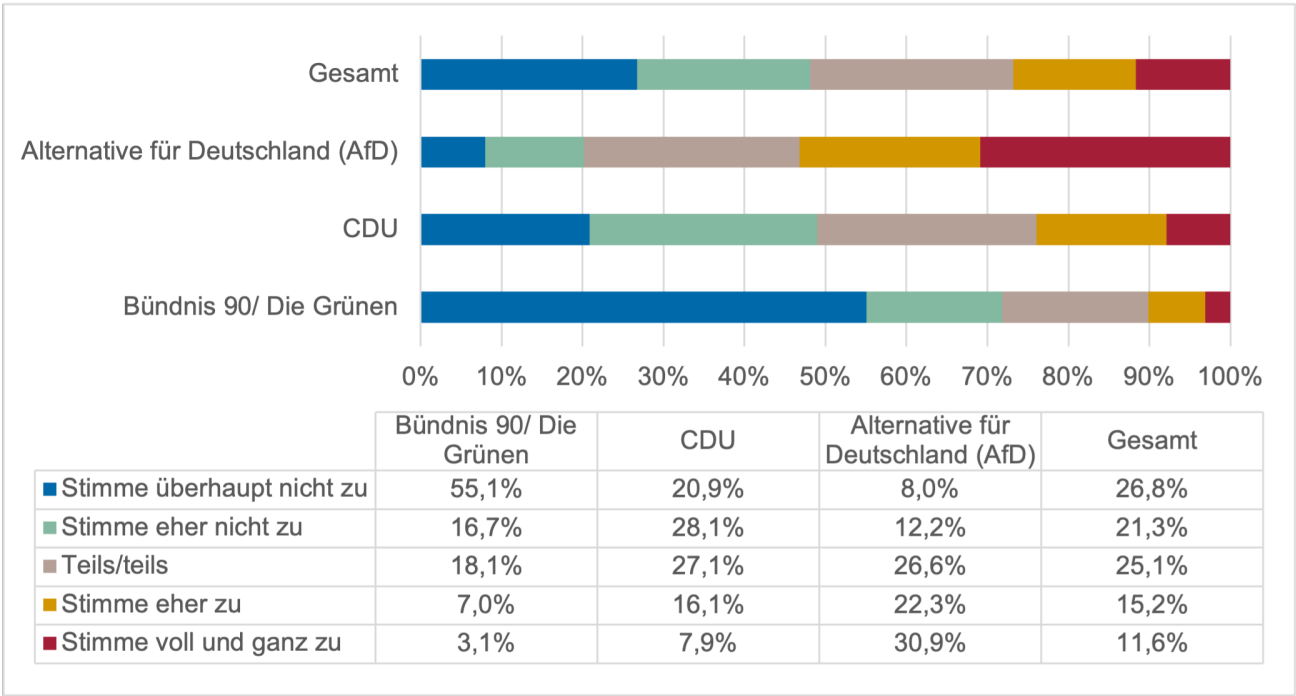
Hinsichtlich der Frage nach Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten (Abbildung 11) ergibt sich ein ganz ähnliches Bild. Insgesamt stimmen lediglich 26,8% der Befragten der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass Ausländer bei steigender Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten „in ihre Heimat zurückgeschickt werden“ sollten. Weitere 25,1 % stimmen dieser Aussage teilweise zu, wählen also eine Mittelkategorie und weisen die Aussage nicht gänzlich zurück.

Die Idee, Ausländer:innen könnten für die Konkurrenz am Arbeitsmarkt verantwortlich sein, ist also in der Stichprobe durchaus weit verbreitet. Gleichzeitig finden sich auch hier wieder deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen. Die Wähler:innen der Grünen in der Stichprobe lehnen diese Aussage mehrheitlich (71,8%) ab. Allerdings antworten auch hier 18,1% mit teils/teils. Bei den CDU-Wähler:innen sind es 49%, die diese Aussage zurückweisen, weitere 27,1% antworten mit teils/teils. Dem gegenüber

stehen die Wähler:innen der AfD. Sie stimmen der Aussage mehrheitlich eher (22,3%9 oder voll und ganz (30,9%) zu.

Nimmt man beide Indikatoren für Modernisierungsverlierer zusammen, so kann die Homogenitätsannahme eindeutig zurückgewiesen werden. Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind hinsichtlich beider Variablen signifikant. Zudem deuten die Befunde darauf hin, dass die Modernisierungsverliererthese auf Basis der Häufigkeitsverteilungen als vorläufig bestätigt angenommen werden kann. Menschen, die sich stärker als Modernisierungsverlierer:innen wahrnehmen, wählen häufiger extrem rechte Parteien als Menschen, die sich selbst nicht als Verlierer:innen der Modernisierung wahrnehmen.

Abbildung 11: „**Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.**“
(n=1511; m= 2,64; sd= 1,330; Chi²=337,57; p<0,001)



3.4 Politische Entfremdung

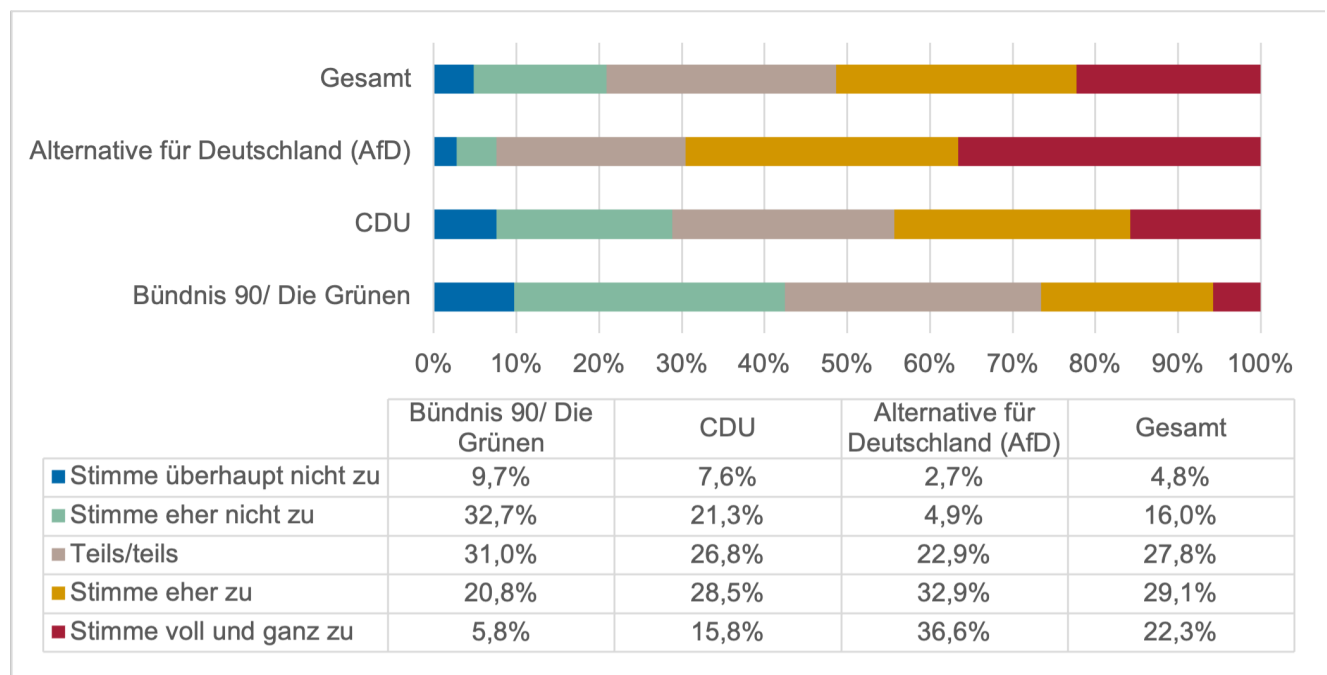
Politische Entfremdung bezieht sich auf das Phänomen, dass Menschen sich emotional, affektiv und kognitiv von dem politischen System, seinen Institutionen und Akteuren abwenden. Dies äußert sich in Gefühlen politischer Machtlosigkeit, gesellschaftlicher Orientierungslosigkeit sowie persönlicher und kollektiver Unzufriedenheit und Distanzierung gegenüber dem politischen System (vgl. Schubert/Klein 2020). Die These der Politischen Entfremdung und der damit einhergehenden Offenheit für Populismus und Extremismus lässt sich mit Schmitt-Beck et al. (20217), Pickel und Pickel (2018) sowie Pickel (2019) wie folgt formulieren. Aufgrund der wahrgenommenen Leistungen des politischen Systems und seiner Vertreter:innen entsteht Unzufriedenheit mit den politischen Eliten und Parteien, die an der Macht sind. Daraus entstehen Vertrauensverluste in politische Institutionen, Parteien und Autoritäten. Diese werden nicht mehr akzeptiert, sondern durch die Wahl von populistischen oder extremen Parteien zum Ausdruck gebracht. Besonders rechtspopulistische und extrem rechte Parteien profitieren von politischer Entfremdung, da sie einen Gegensatz zwischen Volk und Elite konstruieren und damit eine

Plattform und ein Ventil für Protestwahlen bieten. Aus unserer Befragung können wir die folgenden drei Items als Indikatoren für politische Entfremdung verwenden (Alternativ wären auch Items zu populistischen Einstellungen möglich, vgl. dazu Castanho Silva et al 2020).

- Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut. (Politische Selbstwirksamkeit, vgl. Zick et al. 2025)
- Was würden Sie allgemein zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System, sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? (Siehe oben, Abbildung 2)
- Vertrauen in Parteien (EVS 2025) (Siehe oben, Abbildung 7)

Während das erste Item die Einschätzung politischer Selbstwirksamkeit abfragt, beziehen sich die beiden anderen Items auf das politische System und seine Akteure. Insgesamt stimmt die Mehrheit der Befragten der Aussagen eher (29,1%) oder voll und ganz (22,3%) zu, dass Leute wie sie keinen Einfluss auf das Regierungshandeln haben. Diese Werte sind vergleichsweise hoch. So liegen sie bei der aktuellen Mitte-Studie bei 15,5 beziehungsweise 26,2% Zustimmung. Dieser Effekt dürfte der Stichprobe geschuldet sein und sollte daher nicht überbewertet werden. Gleichzeitig zeigen sich auch hier wieder signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen. Die Anteile der Zustimmung sind bei den Wähler:innen der AfD im Sample deutlich höher als bei den CDU- und den Grünen-Wähler:innen.

Abbildung 12: „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ (n=1511; m=3,48; sd=1,144; $\chi^2=220,83$; $p<0,001$)



Auch die Fragen zum Vertrauen zeigen entsprechende Muster auf. Betrachtet man die Gruppen der Wähler:innen der AfD, der CDU und der Grünen, so zeigen sich deutliche Unterschiede. Am unzufriedensten mit der Demokratie, wie sie in der Verfassung steht, sind die AfD-Anhänger:innen. Gleichzeitig sind die CDU-Wähler:innen am zufriedensten mit der Demokratie, wie sie in der Verfassung steht und liegen damit sogar vor den Grünen-Wähler:innen.

Die Wähler:innen der AfD sind geprägt von einem tiefen Misstrauen (vertraue gar nicht und vertraue eher nicht) gegenüber politischen Parteien (75,6%) Aber auch bei CDU- und Grünen-

Wähler:innen in der Stichprobe findet sich Skepsis gegenüber Parteien. So vertrauen eher oder voll und ganz lediglich 27,4% der CDU-Wähler:innen und 22,4% der Grünen-Wähler:innen im Sample Parteien. Die Anteile derjenigen, die teilweise vertrauen, (45,4% CDU und 54,6% Grüne) sind hier auch vergleichsweise hoch.

Für alle drei Fragen kann die Homogenitätsannahme zwischen den Gruppen zurückgewiesen werden. Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind signifikant. Und die Befunde deuten darauf hin, dass die These der politischen Entfremdung als vorläufig bestätigt betrachtet werden kann. Es ist jeweils die Gruppe der Wähler:innen der AfD in der Stichprobe, die die stärksten Anzeichen der politischen Entfremdung zeigt, sei es bei der Zufriedenheit mit der Demokratie, dem Vertrauen in Parteien oder der Selbstwirksamkeit.

3.5 Kulturelle Bedrohung

Mit Globalisierung, Digitalisierung und zunehmenden Migrationsbewegungen verschwimmen nationale und kulturelle Grenzen und Identitäten. Vielfalt und Pluralismus werden zunehmend zur Norm in globalisierten Gesellschaften, „neue Lebensformen, gleichgeschlechtliche Ehen, Chancengerechtigkeit der Geschlechter, Multikulturalismus und ökologische Fragen“ gewinnen an Bedeutung in öffentlichen Diskursen (Merkel 2016, S. 11). Diese Veränderungen werden vielfach und immer wieder als Bedrohung interpretiert, sowohl von Individuen als auch durch Parteien. Als Konsequenz dieser Bewertungen kommt es zu einem „Cultural Backlash“ (Inglehart/Norris 2017). Dieser findet seinen Ausdruck in den Wahlerfolgen rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien. Die daraus abgeleitete These der kulturellen Bedrohung lässt sich mit Pickel (2019) sowie Pickel und Pickel (2018) wie folgt zusammenfassen: Migration, Wertewandel und Globalisierung werden als Bedrohung der eigenen Kultur wahrgenommen. „Angstdiskurse dienen der Externalisierung von Quellen der Verunsicherung bzw. bündeln bestehende gruppenbezogene Vorurteile und emotionale Ablehnung (derzeit speziell gegenüber dem Islam). Als Ausweg wird teilweise auf Anbieter radikaler Lösungen gegenüber der empfundenen Bedrohung zurückgegriffen“ (Pickel 2019, S. 148). In unserer Erhebung haben wir unter anderem zwei Items, die als Indikatoren für kulturelle Bedrohung dienen:

- Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. (Fremdenfeindlichkeit, Decker et al. 2024)
- Es ist heute alles so in Unordnung geraten, dass niemand mehr weiß, wo man eigentlich steht. (Anomie, Zick et al. 2025)

Die Zustimmung zur Überfremdungsthese ist in der Stichprobe insgesamt recht hoch. 20,8% stimmen der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“ voll und ganz zu und weitere 19,9% stimmen ihr eher zu. Im Vergleich dazu stimmen in der Mitte-Studie 2025 15,2% voll und ganz, aber lediglich 12% eher zu (vgl. Zick et al. 2025). Hinsichtlich der verschiedenen Gruppen zeigen sich wiederum Unterschiede. Während die Wähler:innen der Grünen die Aussage weit überwiegend ablehnen (65,6%), sind es bei der Gruppe der CDU-Wähler:innen noch lediglich 30,4%. Allerdings antworten hier auch 30,9% mit teils/teils. Auf der anderen Seite stimmen 52% der AfD-Wähler:innen im Sample der Aussage voll und ganz und weitere 22,9% eher zu.

Bei der Frage nach gesellschaftlicher Klarheit und Ordnung zeigen sich identische Muster, wenngleich die Unterschiede zwischen den Gruppen nicht ganz so deutlich sind. So stimmen immerhin 22,6% der Grünen-Anhänger:innen im Sample der Aussage „Es ist heute alles so in Unordnung geraten, dass niemand mehr weiß, wo man eigentlich steht“ zu. Bei den CDU-Wähler:innen sind es 40% und bei den AfD-Wähler:innen 59,3%.

Abbildung 13: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ (n=1511; m=3,10; sd=1,382; Chi²=493,196; p<0,001)

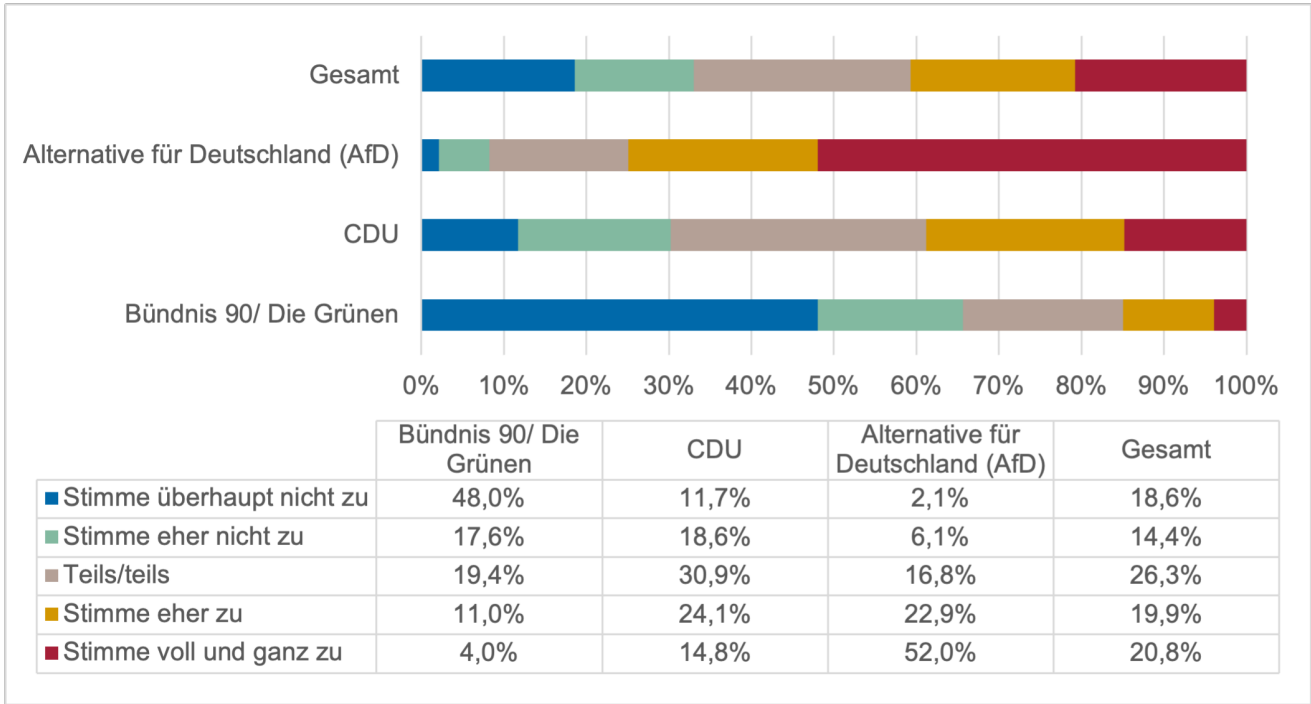
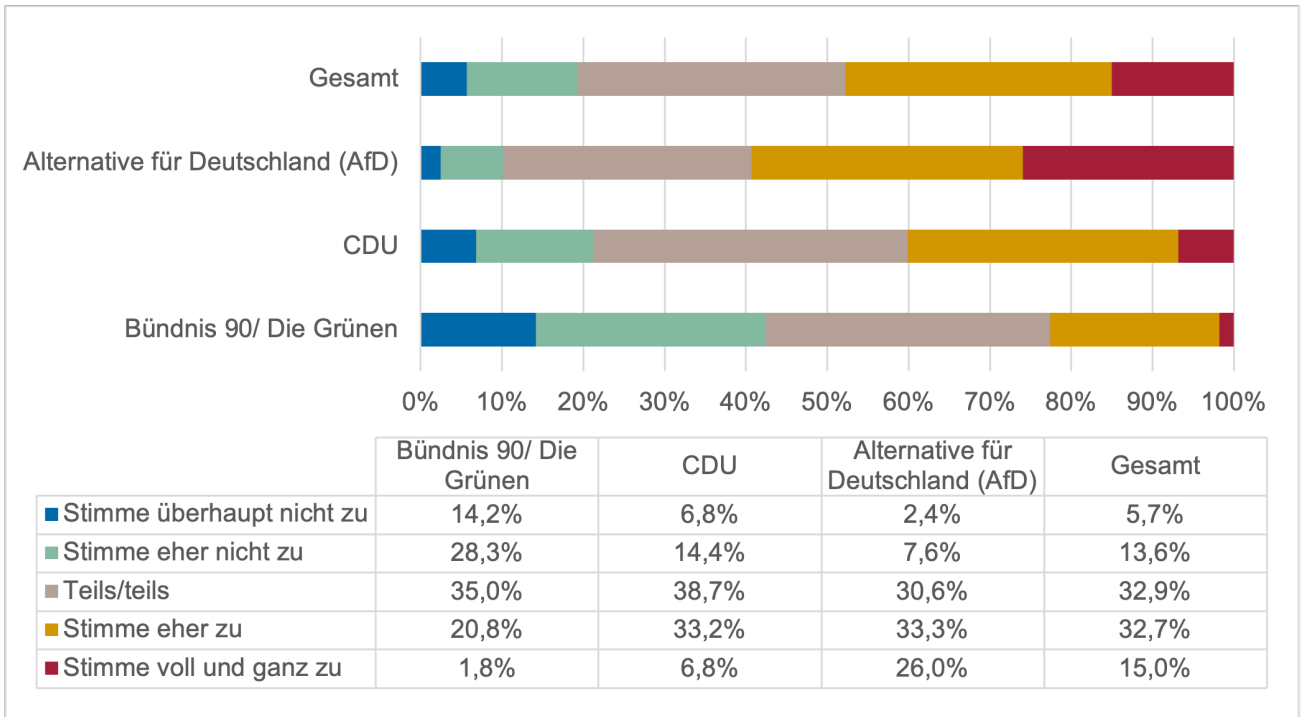


Abbildung 14: „Es ist heute alles so in Unordnung geraten, dass niemand mehr weiß, wo man eigentlich steht.“ (n=1511; m= 3,38; sd= 1,070; Chi²=212,96; p<0,001)



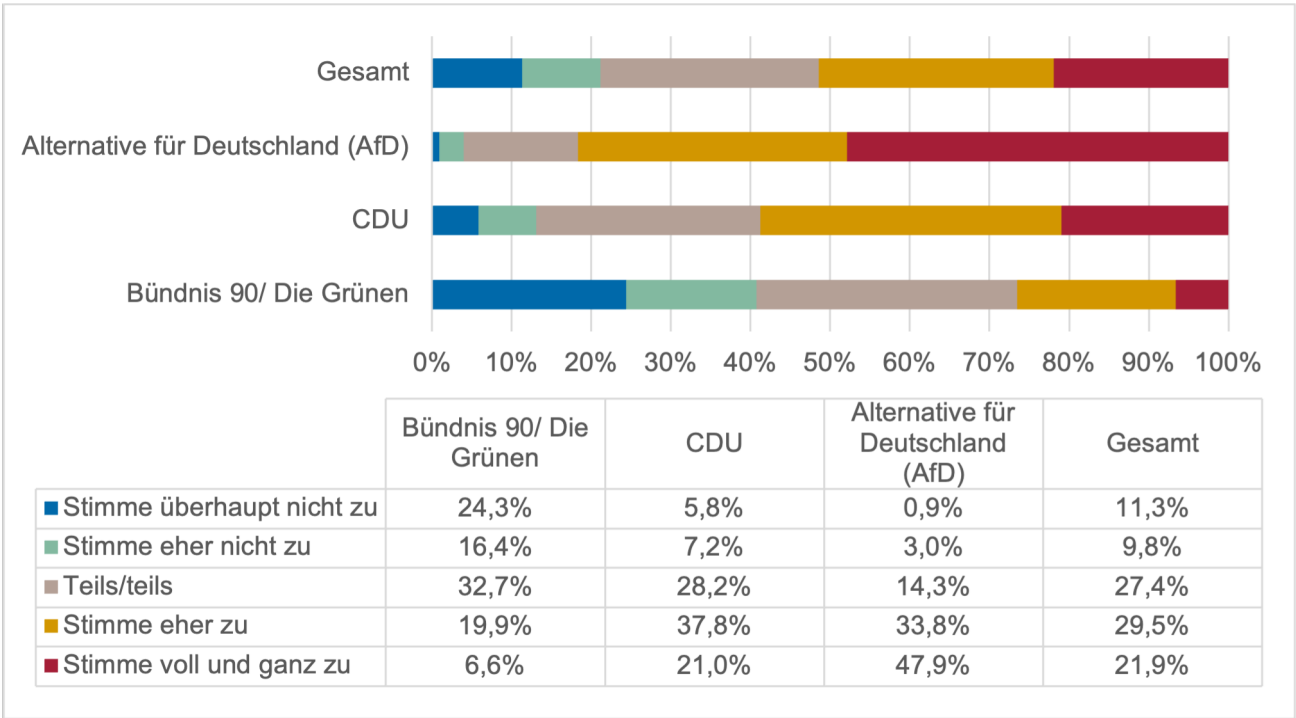
Die Befunde bestätigen, dass es Gruppenunterschiede gibt, die sich entlang der Hypothese der kulturellen Bedrohung interpretieren lassen. In der Gruppe der AfD-Wähler:innen sind auch die Werte für kulturelle Bedrohung am höchsten.

3.6 Nationalismus

Nationalismus kann als das Prinzip definiert werden, dass die Nation die Grundlage der politischen Ordnung darstellt. Nation kann in diesem Kontext als eine imaginierte politische Gemeinschaft definiert werden, die räumlich auf ihr Territorium, sozial auf ihre Mitglieder begrenzt ist und in der das Volk „souverän“ ist (Cvgl. Anderson 1996, S.15f). Nation und Volk werden dabei entlang bestimmter Merkmale konstruiert. Im Kontext der extremen Rechten wird Nation in der Regel auf Basis ethnischer Homogenität des Volkes, der Vorrangstellung der Nation beziehungsweise der Volksgemeinschaft gegenüber den Individuen und eines autoritären Staatsverständnisses konstruiert (vgl. Kellershohn et al 2014; Kellershohn 1998) Lückcrath definiert Nationalismus entsprechend als „geistiges Prinzip, das eine umfangmäßig große Gemeinschaft politisch zu mobilisieren weiß und sich die Nation als obersten Wert zu eigen macht. Das Individuum fühlt sich dabei einer bestimmten Nation als zugehörig und sieht die Loyalität ihr gegenüber als wichtigstes Gut an. Dabei kommt es nicht weniger häufig zur Überhöhung der eigenen Nation, die meist mit der Abwertung anderer Nationen einhergeht, des ‚Fremden‘“ (Lückcrath 2018, S. 7). Die Nationalismusthese lässt sich mit Pickel (2019), Decker et al. (2016), Häusler (2016) sowie Schwarzbözl und Fatke (2016) wie folgt zusammenfassen: Die Wähler:innen extrem rechter Parteien weisen konservative bis völkisch-nationale Einstellungen auf. Auf dieser Basis fordern sie eine nationalistische und völkische Kultur. Entsprechend kommt es zu Abgrenzung und Abwertung vor allem von Migrant*innen und Fremden und einer gleichzeitigen Überhöhung der Nation als Referenzpunkt des Eigenen. In unserer Studie haben wir unter anderem nach Nationalismus und Ethnozentrismus mit den folgenden Items gefragt, die als Indikatoren für Nationalismus herangezogen werden:

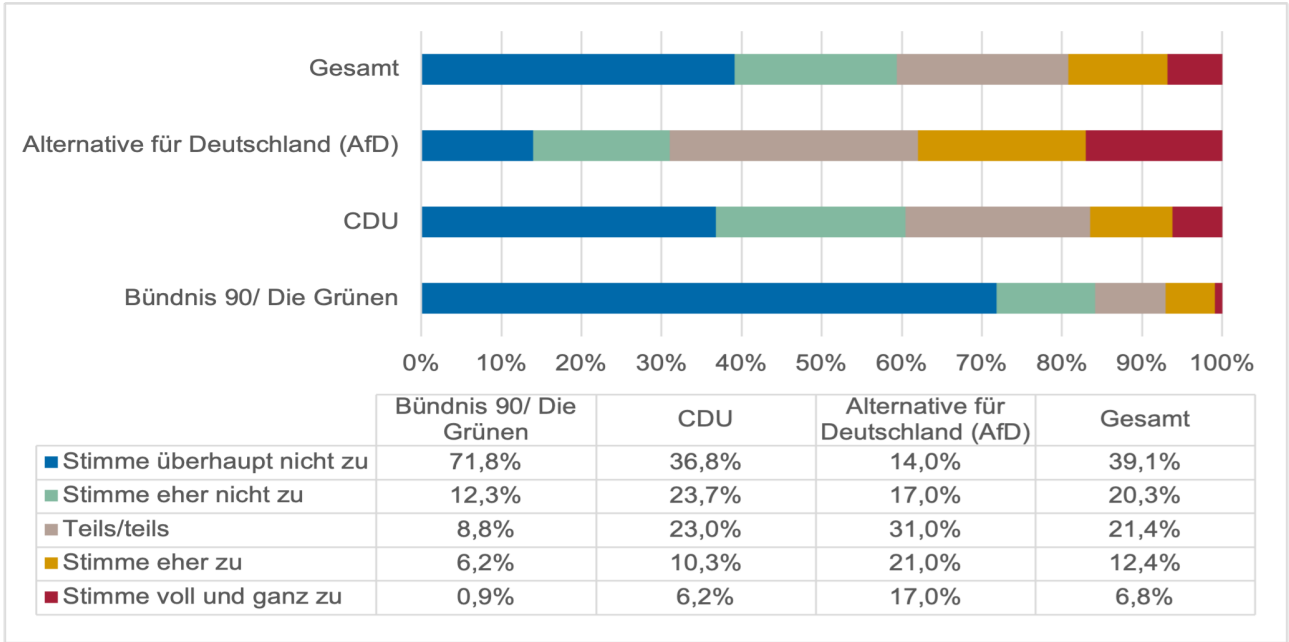
- Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben. (Nationalchauvinismus, vgl. Decker et al 2024)
- Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen. (Ethnozentrismus, Zick et al. 2025)

Abbildung 15: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ (n=1511; m= 3,41; sd=1,248; Chi²=371,381; p<0,001)



Wie schon bei den Thesen zu kultureller Bedrohung und Modernisierungsverlierern zeigt sich ein klares Schema. Bei beiden Items weisen die Wähler:innen der AfD in unserer Stichprobe die höchsten zustimmungswerte auf, gefolgt von denen der CDU. Am niedrigsten sind sie bei den Wähler:innen der Grünen. Der Aussage „Wir sollten endlich wieder den Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ stimmen 81,7% der AfD-Wähler:innen zu. Bei der CDU sind es immerhin noch 58,8%, bei den Grünen lediglich 26,5%. Auf einem niedrigeren Niveau zeigt sich dieses Muster auch bei der Aussage „Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen“. Dieser ethnozentristischen Aussage stimmen 38% der AfD-Wähler:innen in der Stichprobe zu. Bei der CDU sind es lediglich 16,2% und bei den Grünen 7,1%.

Abbildung 16: „**Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen.**“ (n=1511; m=2,27; sd=1,279; $\chi^2=321,837$; $p<0,001$)



Insgesamt kann auch hier die Homogenitätsannahme verworfen werden. Die Gruppen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Zustimmungswerte signifikant. Die Nationalismusthese findet in den Daten Bestätigung. Menschen mit stärkerer Zustimmung zu Dimensionen des Nationalismus wählen auch häufiger extrem rechte Parteien.

3.7 Zwischenfazit

Die hier vorgestellten Befunde zeigen für die untersuchte Online-Stichprobe in Baden-Württemberg Folgendes auf: Erstens kann die Homogenitätsannahme über alle Fragen hinweg verworfen werden. Es finden sich jeweils signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen. Zweitens finden sich Belege für alle diskutierten Erklärungsansätze für die Wahl extrem rechter Parteien. Die Wähler:innen der AfD in der Stichprobe weisen jeweils die höchsten Werte für Nationalismus, politische Entfremdung, kulturelle Bedrohung und Modernisierungsverlierer auf. Die explorative Studie zeigt drittens, dass es einen Bedarf an repräsentativen Befragungen in diesem Themenfeld gibt. Und viertens wären vertiefende qualitative Studien auf Landesebene dringend angezeigt, um die Mechanismen und Motivationen der jeweiligen Gruppen besser verstehen zu können.

4. Rechtsextreme Einstellungen

Über die Fragen zu theoretischen Erklärungen für die Wahl extrem rechter Parteien hinaus haben wir untersucht, inwieweit rechtsextreme Einstellungen in der Stichprobe für Baden-Württemberg zu finden sind. Auch hier stellte sich die Frage, ob es Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen und Parteineigungen gibt, wie sie beispielsweise in den Mitte-Studien (vgl. Zick et al. 2025) und in den Leipziger Autoritarismus-Studien (vgl. Decker et al. 2024) gefunden werden.

Die Erfassung rechtsextremer Einstellungen erfolgte entsprechend in unserer Erhebung mit der in den Mitte-Studien (vgl. Zick et al 2025) und der Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker et al 2024) verwendeten Item-Batterie mit insgesamt 18 Fragen. Diese Itembatterie übersetzt die so genannte Konsens-Definition von Rechtsextremismus in messbare Größen. Rechtsextremismus wird definiert als „Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“ (Decker & Brähler, 2006, S. 20). Die insgesamt 18 Items bilden die sechs Dimensionen des Rechtsextremismus mit jeweils drei Aussagen ab (vgl. Zick et al 2025:76):

- „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ zeigt sich „in der Zustimmung zur Diktatur als bessere Staatsform., zu einem Einparteienstaat sowie zu einem Führer, der das Land mit starker Hand regiert“ (Zick et al 2025: 76). Die drei Items für die Erfassung der Einstellungsdimension „Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur“ sind: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“, „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ und „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“.
- Nationalchauvinismus und die Überhöhung nationaler Identität zeigen sich in einem übersteigerten Nationalgefühl, dem Wunsch nach harter Durchsetzung deutscher Interessen und dem Anspruch auf Macht und Geltung in der Welt. Die drei Items für die Erfassung der Dimension „Nationalchauvinismus“ sind: „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“, „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ und „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“.
- Verharmlosung des Nationalsozialismus äußert sich in der „Billigung der nationalsozialistischen Vergangenheit, der Relativierung des Holocaust und der Aufwertung Adolf Hitlers“. Die drei Items zur Erfassung der Dimension „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ sind: „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.“, „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.“ sowie „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“ (vgl. ebd.).

Zusammen bilden diese drei Dimensionen das völkische und nationalistische Weltbild des Rechtsextremismus ab. Die folgenden drei Dimensionen erfassen das völkisch-rassistische Menschenbild im Rechtsextremismus

- Fremdenfeindlichkeit umfasst die feindselige Abwertung von als „Ausländer“ konstruierten Gruppen und Personen, die in Überfremdungsnarrativen und dem Vorurteil, Ausländer nutzten das Sozialsystem aus und nähmen den Deutschen Arbeitsplätze weg, zum Ausdruck kommt. Die Dimension „Fremdenfeindlichkeit“ wird über die folgenden drei Items erfasst: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“, „Wenn

Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ und „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“.

- Antisemitismus umfasst rassistische Stereotypen gegenüber Jüd:innen sowie den Verschwörungsmythos von jüdischer Macht und jüdischem Einfluss. Antisemitismus als Einstellungsdimension wird erfasst über die drei Items „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“ und „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.“
- Sozialdarwinismus „beruht auf der Überzeugung, Deutsche oder bestimmte Völker seien von Natur aus stärker oder anderen überlegen“ (vgl. ebd.) sowie der Unterscheidung von wertem und unwertem Leben. Die Dimension „Sozialdarwinismus“ wird mit den Items „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“, „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ und „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ erfasst.

Die sechs Dimensionen bilden zusammen das theoretische Konstrukt „rechtsextremes Weltbild“, das durchaus in unterschiedlichen Ausprägungen über die einzelnen Dimensionen auftreten kann (vgl. Zick et al 2025: 74). Statistische Analysen zeigen die Stabilität und Zuverlässigkeit des Instruments über die Zeit (vgl. Decker et al. 2013; Heller et al. 2020, Küpper et al. 2025; Zick et al. 2025; Decker et al. 2024). Die Qualität der Item-Batterie haben wir mit unserem Datensatz ebenfalls kontrolliert. Die konfirmatorische Hauptkomponentenanalyse ergab für sechs Komponenten ein Maß der Stichprobeneignung nach Kaiser-Keyer-Olkin von 0,955. Das rotierte Faktorenmodell (Varimax mit Kaiser-Normalisierung) erklärt 76,137 Prozent der Varianz. Die sechs statistisch gebildeten Komponenten bilden die theoretisch formulierten Dimensionen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und Chauvinismus und mit kleinen Einschränkungen auch die Dimensionen Sozialdarwinismus und Rechtsgerichtete Diktatur sehr gut ab, so dass die Skala als valide und reliabel über verschiedene Messungen hinweg betrachte werden kann.

Die Messung selbst erfolgte analog zur Mitte-Studie: Zu jeder der 18 Aussagen sollten die Befragten auf einer fünfstufigen Skala angeben, ob sie den Aussagen „überhaupt nicht zustimmen“ (1), „eher nicht zustimmen“ (2), „teils zustimmen /teils nicht zustimmen“ (3), „eher zustimmen“ (4) oder „voll und ganz zustimmen“ (5). Eine Antwortverweigerung wurde nicht zugelassen.

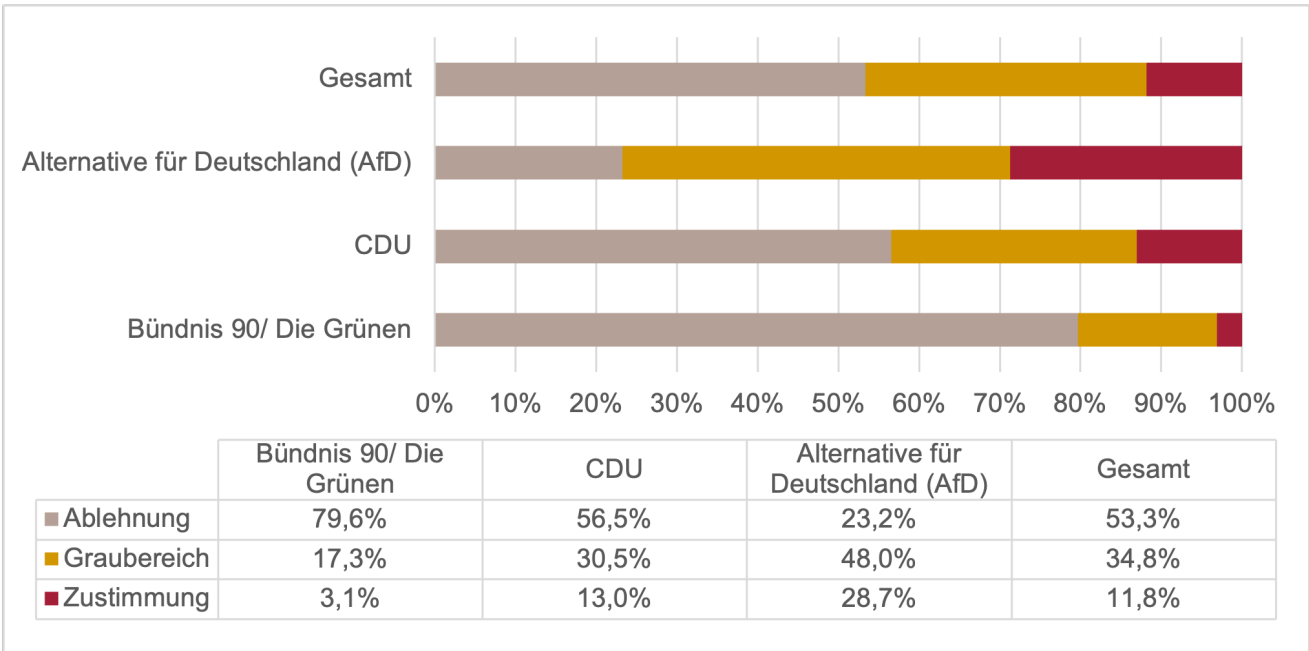
Aus den jeweils drei Antworten für eine Dimension wurden Summen gebildet. Der Wertebereich 12-15 bedeutet Zustimmung, der Wertebereich 8-11 bildet den Graubereich und der Wertebereich 3-7 bedeutet Ablehnung zur jeweiligen Dimension. Um zu erfassen, ob Personen ein rechtsextremes Weltbild aufweisen, wurden die Antwortwerte auf alle Fragen addiert. Der jeweilige Wert kann Zahlen zwischen 18 und 90 annehmen. Werte von 63 und darüber werden als Zustimmung zum rechtsextremen Weltbild interpretiert, Werte zwischen 45 und 62 markieren den Graubereich und Werte zwischen 18 und 44 bedeuten Ablehnung des rechtsextremen Weltbilds (vgl. Zick et al 2025: 74).

Dabei ist entscheidend, dass einzelne Dimensionen eines rechtsextremen Weltbilds auch unabhängig von diesem auftreten können. Eine Person kann zum Beispiel fremdenfeindlich oder antisemitisch sein, ohne ein rechtsextremes Weltbild zu vertreten. Gleichzeitig können diese Einstellungen bezüglich einzelner extrem rechter Ideologeme als so genannte Brückenideologien fungieren, die Menschen für weitere extrem rechte Narrative empfänglich machen.

Die Befunde für unsere Stichprobe sind aufgrund der Stichprobenzusammensetzung nicht eins zu eins auf die Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg übertragbar, sprich auf dieser Basis sind keine

bevölkerungsrepräsentativen Aussagen möglich. Gleichwohl lassen sich wie schon im Kapitel zuvor Aussagen hinsichtlich der Homogenität beziehungsweise Heterogenität von Untergruppen im Sample machen. Diese haben wir wie schon zuvor auch hier entlang der Wahlergebnisse und der Gruppengrößen auf die Gruppen der AfD-, CDU- und Grünen-Wähler:innen auf Basis der „Sonntagsfrage“ beschränkt. Dass die Befunde jenseits der absoluten Zahlen valide sind, zeigt der Vergleich mit der letzten Mitte-Studie (Zick et al. 2025): Die Reihenfolge der Zustimmung zu den einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus sowie dem geschlossen rechtsextremen Weltbild ist mit Ausnahme des Sozialdarwinismus konsistent. In unserer Untersuchung wie in der Mitte-Studie weisen die AfD-Wähler:innen jeweils die höchsten Zustimmungswerte auf, gefolgt von denen der CDU. Die Wähler:innen der Grünen weisen jeweils die niedrigsten Zustimmungswerte auf. Lediglich beim Sozialdarwinismus unterscheiden sich die Befunde. Während in der Mitte-Studie die CDU-Wähler:innen die höchsten Zustimmungswerte aufweisen, sind es in der vorliegenden Studie die AfD-Wähler:innen. Ob es sich dabei um einen Stichprobeneffekt oder eine regionale Besonderheit handelt, lässt sich auf Basis der vorliegenden Daten nicht sagen.

Abbildung 17: „Geschlossen rechtsextremes Weltbild“ (n=1511; m=1,58; sd= 0,693; p< 0,001)



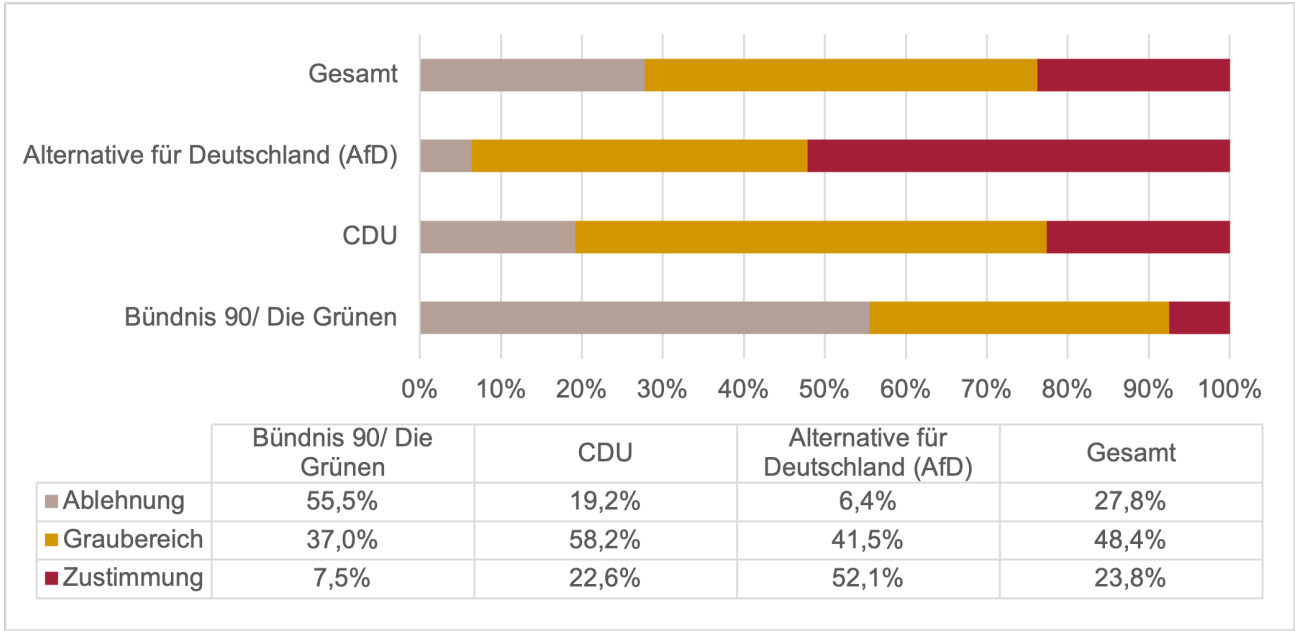
Gleichzeitig stehen die Befunde in Einklang mit neueren Studien zu gesellschaftlichen Konfliktlinien. Ausgehend von der Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967) argumentieren etwa Merkel (2017), Koopmans und Zürn (2019) sowie Merkel und Zürn (2019), dass sich neben den Cleavages zwischen Zentrum und Peripherie, Staat und Kirche, Arbeit und Kapital sowie Stadt und Land ein neuer Cleavage etabliert hat, der sowohl das Entstehen als auch den Erfolg extrem rechter Parteien bei Wahlen erklären kann: der Cleavage zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus. Dieser formiert sich im Zuge der Globalisierung auf struktureller, ideeller und organisatorischer Ebene. Merkel und Zürn (2019) definieren Kosmopolitismus als Wertorientierungsmuster, bestehend aus Individualismus, Universalismus und Verallgemeinerungsfähigkeit (Merkel und Zürn 2019: 69). Normativ richtet sich der Kosmopolitismus an globaler Gerechtigkeit und Umverteilung sowie der Auflösung nationaler Grenzen zugunsten internationaler Institutionen aus. Nach Merkel und Zürn ist diese „Spielart

kosmopolitischen Denkens (...) zu der dominierenden normativen Haltung von Eliten und der gebildeten urbanen Mittelschicht westlicher Gesellschaften geworden“ (S.70). Kernelemente sind globale Gerechtigkeit, pluralistische Offenheit und zukunftsgerichtetes Denken in globalem anstatt nationalem Rahmen. Kommunitarismus betont hingegen die „konstitutive Rolle von Gemeinschaft und Identität für die Entwicklung von sozialen Gesinnungen und Haltungen“ (Merkel & Zürn 2019:71). Demokratie und Gerechtigkeit sind in diesem Verständnis territorial und an soziale Kontexte gebunden: die lokale Gemeinschaft, Region oder den Nationalstaat. Ein Kernargument ist dabei, dass den Gemeinschaften selbst eine „soziale und politische Identität zukommen soll, so dass sie Solidarität und ein stabiles Gefühl der Zugehörigkeit ermöglichen“ (Merkel & Zürn 2019:71). Dabei wird das Kommunitaristische, das Lokale, vor allem von extrem rechten Akteur:innen national gewendet und die Nation als ethnisch und religiös homogen inszeniert (Merkel & Zürn 2019:73).

Hier finden sich zahlreiche Anknüpfungspunkte und Überschneidungen zu völkischen Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts, wie sie etwa von Mosse (1991, zuerst 1964) beschrieben wurden. So argumentierte beispielsweise Paul de Lagarde schon 1878 in Bezug auf den Verfall des „Volkes“ als Folge von Industrialisierung, Demokratisierung und Urbanisierung, dass nur die Nation und das Volk die „Lebenskraft“ bewahren könnten, die wiederum notwendig sei, um Einheit und Stärke Deutschlands wieder herzustellen (vgl. Mosse 1991: 42). Ähnliche Argumentationsmuster finden sich etwa bei Parteien der extremen Rechten, wenn sie die Verwurzelung des Volkes in der Heimat und der Landschaft fordern, die vor Migration und Globalisierung bewahrt werden müssten (vgl. Frankenberger et al 2024). Insofern wäre es nicht der Kommunitarismus selbst, sondern dessen völkisch-nationale Interpretation, die in scharfem Kontrast zum Kosmopolitismus steht. Im Feld der politischen Parteien wird die AfD als diejenige Partei identifiziert, die kommunitaristische Wertorientierungen besonders anspricht, während Bündnis90/Die Grünen kosmopolitische Werte verkörpern und bedienen.

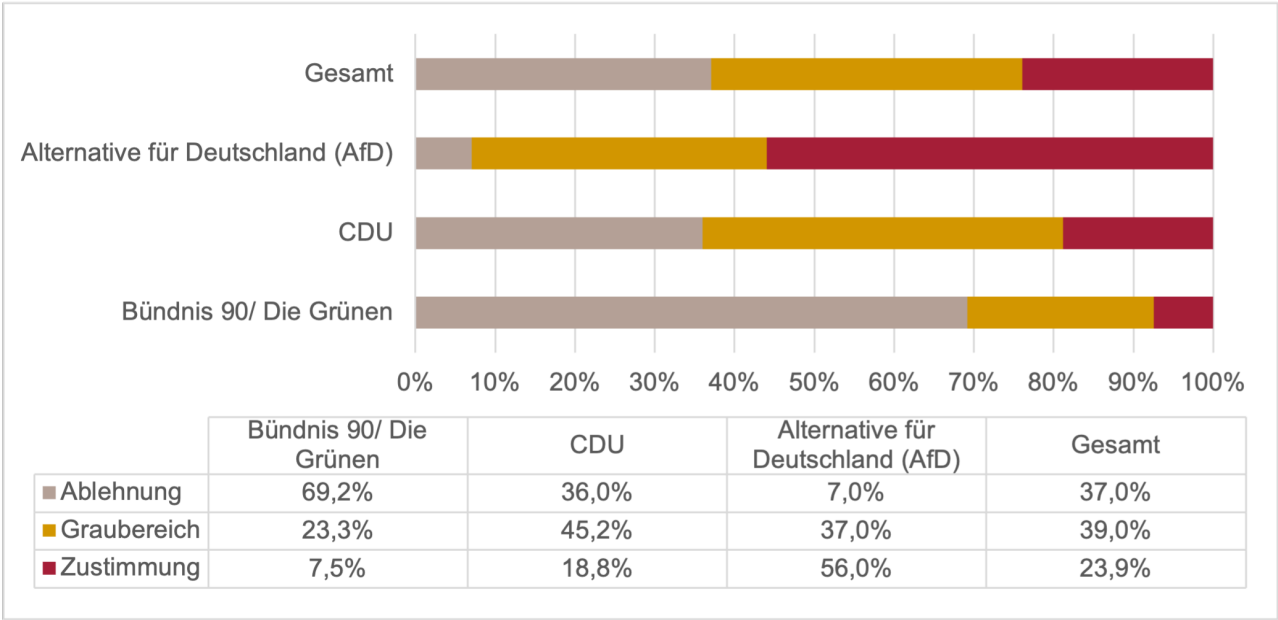
Dazu und zu der völkisch-nationalen Neudeutung des Rechtsextremismus passt, dass in unserer Stichprobe die Dimensionen Nationalchauvinismus und Fremdenfeindlichkeit die mit Abstand höchsten Zustimmungswerte bei den Wähler:innen der AfD erhalten (vgl. Abbildungen 18 und 19).

Abbildung 18: „Nationalchauvinismus“ (n=1511; m=1,96; sd=0,717; p< 0,001)



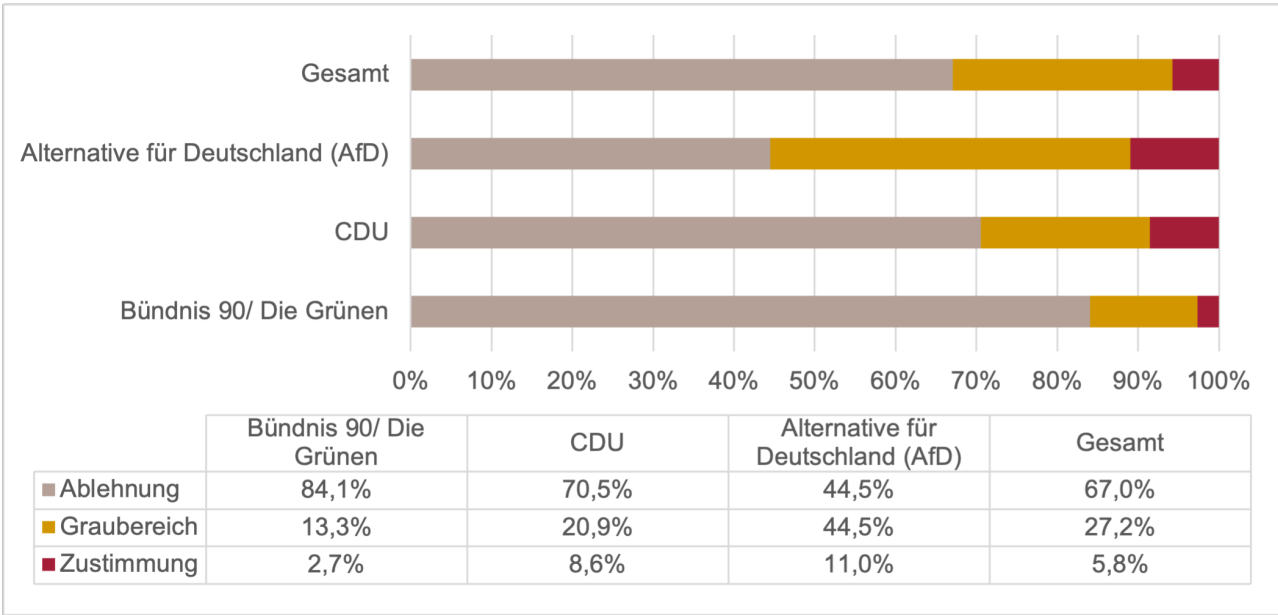
Diese beiden Dimensionen des Rechtsextremismus erfahren zudem insgesamt mit jeweils knapp 24% die höchsten Zustimmungswerte in der gesamten Stichprobe. Sie können daher auch als Brückennideologien in andere Milieus und Parteien hinein dienen und entsprechend erfolgreich adressiert werden.

Abbildung 19: „Fremdenfeindlichkeit“ (n=1511; m=1,87; sd=0,770; p< 0,001)



Besonders anfällig für solche Mobilisierungen erscheinen angesichts der Werte die Wähler:innen der CDU im Sample, die Zustimmungswerte von 22,6% respektive 18,8% in diesen beiden Dimensionen aufweisen. Entsprechend der Annahmen der Cleavage-Theorie sind die Anteile bei den Wähler:innen der Grünen deutlich geringer.

Abbildung 20: „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ (n=1511; m=1,39; sd=0,595; p< 0,001)



Die Dimensionen, die klassischerweise stark mit rechtsextremistischen Akteur:innen und Ideologien in Verbindung gebracht werden, also die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur und

Verharmlosung des Nationalsozialismus, erfahren deutlich weniger Zustimmung als die beiden vorher diskutierten Dimensionen. Dies mag insgesamt mit sozialer Erwünschtheit und Vermeidungsverhalten zu tun haben, da insbesondere die Verharmlosung des Nationalsozialismus in Deutschland (noch) mit gesellschaftlichen Tabus, aber auch rechtlicher Sanktionierung, bewehrt ist. Nichtsdestotrotz sind auch diese beiden Dimensionen über die Wählerschaft der AfD im Sample hinaus zu finden – wie alle anderen Dimensionen des Rechtsextremismus auch.

Abbildung 21: „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ (n=1511; m=1,46; sd=0,636; p< 0,001)

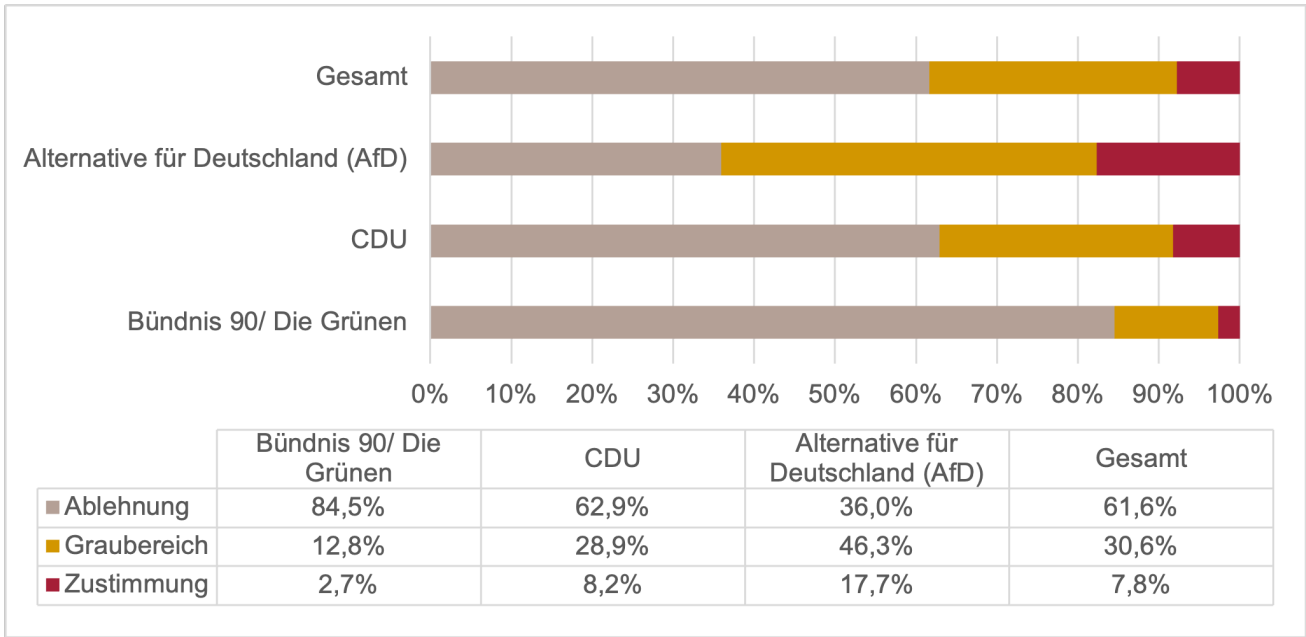
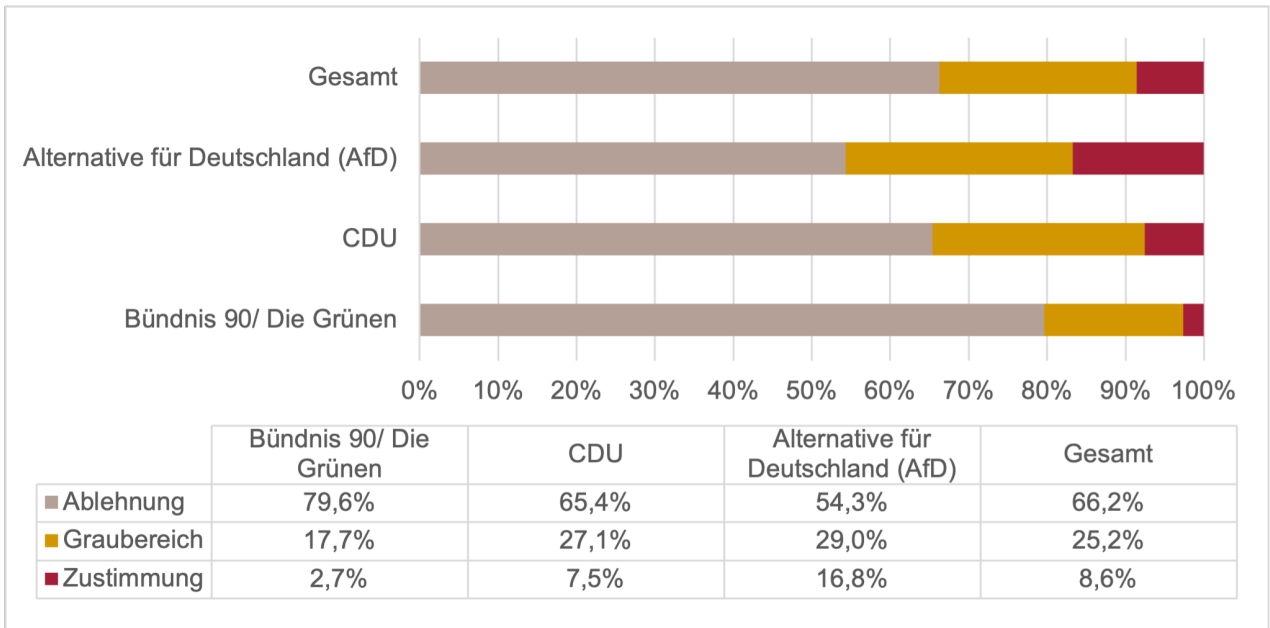


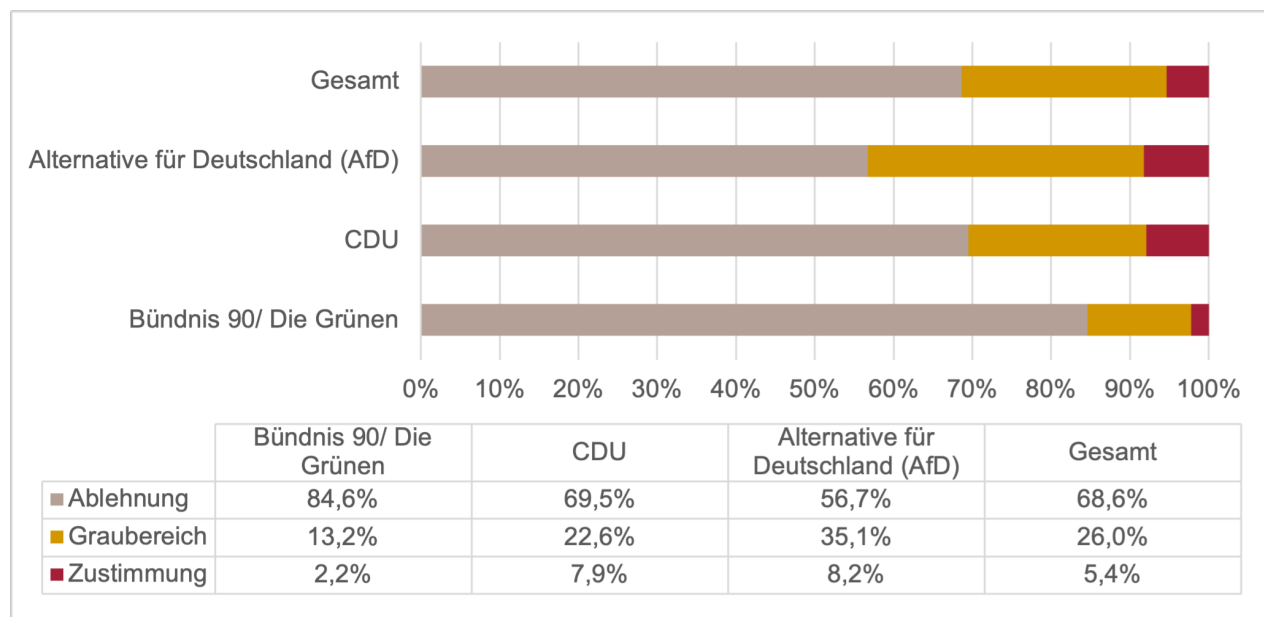
Abbildung 22: „Antisemitismus“ (n=1511; m=1,42; sd= 0,642; p< 0,001)



Sozialdarwinismus als Einstellungsdimension erfährt von den sechs Dimensionen des rechtsextremistischen Weltbildes die niedrigsten Zustimmungswerte.

Im direkten Vergleich zu Nationalchauvinismus und Fremdenfeindlichkeit erhalten die Dimensionen Antisemitismus und Sozialdarwinismus weniger Zustimmung. Auffällig ist dennoch, dass insgesamt 8,6% der Befragten antisemitischen Stereotypen zustimmen. Unter den Wähler:innen der AfD in unserer Stichprobe liegt der Anteil sogar bei 17,7%. Und auch die CDU-Wähler:innen im Sample stimmen mit 8,2% etwas überdurchschnittlich häufig zu. Antisemitismus ist also nach wie vor ein häufig auftretendes Phänomen.

Abbildung 23: „**Sozialdarwinismus**“ ($n=1511$; $m=1,37$; $sd=0,583$)



Insgesamt ist zu bedenken, dass die Kategorie „Graubereich“ bedeutet, dass Menschen, deren Einstellungen in diese Kategorie fallen, die jeweiligen Aussagen zumindest nicht ablehnen. Preist man dies in die Analyse ein, so wird umso ersichtlicher, dass alle sechs Ideologeme als Brückenideologeme zur Mobilisierung durch extrem rechte Parteien fungieren können, freilich mit unterschiedlichen Anschlussmöglichkeiten in verschiedenen Milieus und Gruppen. Dies wäre in einer repräsentativen Studie genauer zu untersuchen.

5. Fazit

Unsere explorative Studie zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Wähler:innen von AfD, CDU und Bündnis90/Die Grünen innerhalb der Stichprobe. Dabei zeigt sich über alle Fragestellungen hinweg, dass die Wähler:innen der AfD mit der repräsentativen Demokratie und ihrem Funktionieren sehr unzufrieden sind. Diese Wählergruppe weist innerhalb der Stichprobe zudem extrem niedrige Vertrauenswerte in Institutionen auf. Sowohl Misstrauen als auch Unzufriedenheit können als Treiber der Wahl extrem rechter Parteien angesehen werden. Gleiches gilt für die individuelle Wahrnehmung als Modernisierungsverlierer:in genauso wie für politische Entfremdung, Nationalismus und kulturelle Bedrohung. Auch hier weisen die Wähler:innen der AfD in unserer Stichprobe die mit Abstand höchsten Werte auf. Nicht zuletzt zeigt sich, dass diese Gruppe über alle Dimensionen des rechtsextremen Weltbilds hinweg die höchsten Zustimmungssanteile hat.

Dem gegenüber sind die Anhänger:innen der CDU und der Grünen in unserem Panel weitgehend mit dem politischen System und seinem Funktionieren zufrieden und weisen vergleichsweise hohe Vertrauenswerte in die Institutionen auf. Bei allen Dimensionen des rechtsextremen Weltbilds weisen die Grünen-Wähler:innen im Sample die niedrigsten Zustimmungswerte auf, die CDU-Wähler:innen liegen konstant darüber, wobei die Zustimmungswerte zum Teil deutlich voneinander abweichen. Insgesamt gilt für die vorliegende Studie, dass die Tendenzen der Antwortmuster den Befunden aus den Mitte- Studien und den Leipziger Autoritarismus-Studien entsprechen, wenngleich durch Stichprobenverzerrungen und ggf. weitere Effekte insgesamt meist deutlich höhere Werte erzielt werden. Somit hat die vorliegende explorative Studie eindrücklich den Bedarf und die Notwendigkeit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Baden-Württemberg aufgezeigt, um die genauen Anteile und in der Folge auch kausale Wirkungszusammenhänge untersuchen zu können. Vergleichbare Studien auf Landesebene gibt es bereits in einigen anderen Bundesländern, wie etwa den oben erwähnten Thüringen-Monitor. Die hier vorliegenden Ergebnisse können lediglich einen Startpunkt für die weiterführende Erforschung rechtsextremer Einstellungen, ihrer Ursachen und Auswirkungen im spezifischen Rahmen Baden-Württembergs und seiner politischen Kultur darstellen. Um Entwicklungen aufzuzeigen und verstehen zu können, genügt an dieser Stelle keine einmalige Untersuchung. Vielmehr müssen Einstellungsebenen und -Muster über die Zeit hinweg in ihrer Entwicklung betrachtet werden, wie es etwa im Rahmen der Mitte- und der Autoritarismus-Studie, aber auch zumindest punktuell auf Landesebene geschieht. Das Institut für Rechtsextremismusforschung der Universität Tübingen wird diesem Anspruch unter anderem dadurch nachkommen, indem in der näheren Zukunft ein größerer, in regelmäßigen Erhebungszeiträumen stattfindender und die Bevölkerung Baden-Württembergs in ihrer Grundgesamtheit besser abbildender Survey erhoben wird.

6. Literatur:

- Anderson, B. (1996). Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Erweiterte Neuauflage. Frankfurt am Main.
- Bornschieer, S. (2018). Globalization, cleavages, and the radical right. In: Rydgren, J. (Hrsg.). The Oxford Handbook of the Radical Right, Oxford, UK, S. 212-238.
- Bornschieer, S., Haffert, L., Häusermann, S., Steenbergen, M. & Zollinger, D. (2024). Cleavage formation in the 21st century: How social identities shape voting behavior in contexts of electoral realignment. Cambridge University Press.
- Cornesse, C., Blom, A.G., Dutwin, D., Krosnick, J.A., De Leeuw, E.D., Legleye, S., Pasek, J., Pennay, D., Phillips, B., Sakshaug, J.W., Struminskaya, B. und Wenz, A. (2020) „A Review of Conceptual Approaches and Empirical Evidence on Probability and Nonprobability Sample Survey Research“, *Journal of Survey Statistics and Methodology*, 8(1), S. 4–36. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/jssam/smz041>.
- Dassonneville, R., Blais, A., Hooghe, M. und Deschouwer, K. (2020) „The Effects of Survey Mode and Sampling in Belgian Election Studies: A Comparison of a National Probability Face-to-Face Survey and a Nonprobability Internet Survey“, *Acta Politica*, 55(2), S. 175–198. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1057/s41269-018-0110-4>.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In: O. Decker, J. Kiess, & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (J. Gießen, S. 197-212.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2016). Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2024) (Hrsg.). Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen.
- Easton, D. (1953). The Political System. An Inquiry into the State of Political Science, New York.
- Easton, D. (1965). A Systems Analysis of Political Life, New York.
- Easton, D. (1973). Systems Analysis and its classical critics. *The Political Science Reviewer* 3, S. 269-301.
- Easton, D. (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5, S. 435-457.
- Easton, D. (1976). Theoretical Approaches to Political Support. *Canadian Journal of Political Science* 9, S. 431-448.
- Einarsson, H., Sakshaug, J.W., Cernat, A., Cornesse, C. und Blom, A.G. (2022) „Measurement Equivalence in Probability and Nonprobability Online Panels“, *International Journal of Market Research*, 64(4), S. 484–505. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/14707853221085206>.
- Elliott, M.R. und Valliant, R. (2017) „Inference for Nonprobability Samples“, *Statistical Science*, 32(2). Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1214/16-STS598>.
- Grix, J. (2001). Review article: social capital as a concept in the social sciences: the current state of the debate. *Democratization* 8(3), S. 189-210.
- Häusler, A. (2016) (Hrsg.). Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden.
- Hebenstreit, J., Holtmann, E., Jaeck, T., Pollak, R., Reiser, M., Sand, M. & Zissel, P. (2025). Deutschland-Monitor 2024: Gesellschaftliche und politische Einstellungen ; Themenschwerpunkt: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Halle u.a.: Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (zsh) an der Universität Halle-Wittenberg; Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft; GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-99642-0>
- Heller, A., Decker, O. & Brähler, E. (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland*. Gießen.
- Heller, A., Dilling, M., Kiess, J., Decker, O. & Brähler, E. (2024). Methodische Überlegungen zur Erhebung rechtsextremer und autoritärer Einstellungen. In: Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* , Gießen, S. 207–228).
- Inglehart, R. & P. Norris (2017): Trump and the Populist Authoritarian Parties: The Silent Revolution in Reverse. *Reflections on Politics* 15, S. 443–454
- Kellershohn, H. (1998) *Völkischer Nationalismus und seine Kernideologeme. Eine knappe Begriffsklärung*. In: S. Jäger, D. Kretschmer, G. Cleve, B. Giese, M. Jäger, H. Kellershohn, C. Krüger & F. Wichert (Hrsg.) *Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart* ., unter: <https://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2022/08/Der-Spuk-ist-nicht-vorbei.pdf> Internetausgabe, zuletzt besucht am 14.4.2025
- Kellershohn, H., Haarfeldt, M., Klausberg, M., Dietzsch, M. & Suermann, L. (2014). Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus. *DISS-Journal* 28 (2014), unter: <https://www.diss-duisburg.de/2014/11/voelkischer-nationalismus-und-rechtspopulismus/>, zuletzt besucht am 14.4.2025

- Kohler, U. (2019) „Possible Uses of Nonprobability Sampling for the Social Sciences“, *Survey Methods: Insights from the Field*. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.13094/SMIF-2019-00014>.
- Kohler, U. & Post, J.C. (2023) „Welcher Zweck heiligt die Mittel? Bemerkungen zur Repräsentativitätsdebatte in der Meinungsforschung“, *Zeitschrift für Soziologie*, 52(1), S. 67–88. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2023-2001>.
- Koopmans, R. & Zürn, M. (2019). Cosmopolitanism and Communitarianism – How Globalization Is Reshaping Politics in the Twenty-First Century. In: de Wilde, P.; Koopmans, R.; Merkel, W.; Strijbis, O. & Zürn, M. (Hrsg.): *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*. New York, S. 1–34.
- Küpper, B., Reinecke, J., Mokros, N. & Zick, A. (2025). Validation of a Model of Right-Wing Extremist Attitudes Based on a Repeated Cross-Sectional Survey in Germany. *Measurement Instruments for the Social Sciences* 7 (Open Access).
- Lengfeld, H. (2017). „Die ‚Alternative für Deutschland‘: eine Partei für Modernisierungsverlierer?“, *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69(2), S. 209–232. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s11577-017-0446-1>.
- Lipset, S. & Rokkan, S. (1967). *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York: Free Press.
- Lückerath, S. (2018). *Völkischer Nationalismus auf dem Vormarsch? Das Nationsverständnis des Front National und der Alternative für Deutschland im Vergleich*. (IPW Selected Student Paper, 68). Aachen: Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaoar-60475-4>
- Lux, T. (2018). „Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die ‚Alternative für Deutschland‘: eine Partei für Modernisierungsverlierer?“, *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70(2), S. 255–273. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s11577-018-0521-2>.
- Merkel, W. (2017). Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, P.; Kubbe, I. & Poguntke, T. (Hg.): *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*. Wiesbaden, S. 9-23.
- Merkel, W. & Zürn, M. 2019. Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. In: Nida-Rümelin, J., Daniels, D. & Wloka, N. (Hrsg.) *Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung*. Berlin, Boston, S. 67-102. <https://doi.org/10.1515/9783110615876-007>
- Merkel, W., 2016: Bruchlinien Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. *WZB Mitteilungen* 154: 11–14.
- Merkel, W., 2017: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie. S. 9–24 in: P. Harfst, I. Kubbe & T. Poguntke (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites: The Comparative Study of Democracy* Wiesbaden: Springer VS.
- Merkel, Wolfgang und Zürn, Michael (2019). Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. In: Nida-Rümelin, J., Daniels, D. und Wloka, N. (Hrsg). *Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung*. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 67-102.
- Mosse, G.L. (1991, zuerst 1964): *Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus*. Frankfurt am Main.
- Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (2024). AfD gegen Bundesamt für Verfassungsschutz. Aktenzeichen 5A 1216/22, Pressemitteilung vom 13.5.2024: „Bundesamt für Verfassungsschutz darf AfD und JA als Verdachtsfall beobachten. https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/23_240513/index.php, Zugriff: 13.5.2024
- Offe, C. (1999). Sozialkapital. Begriffliche Probleme und Wirkungsweise. In E. Kistler, H.-H. Noll & E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte*. Berlin, S. 113-120
- Pickel, G. & Pickel, S. (2018). Migration als Gefahr für die politische Kultur? Kollektive Identitäten und Religionszugehörigkeit als Herausforderung demokratischer Gemeinschaften. In *Migration und Integration als politische Herausforderung – Vergleichende Analysen zu politisch-kulturellen Voraussetzungen der Migrationspolitik und Reaktionen. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft Special Issue* 1/18, S. 297-320
- Pickel, S. (2019) Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In: Korte, K.-R. und Schoofs, J. (Hrsg.). *Die Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden, S. 145-175.
- Putnam, R. D. (1993). *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton, New Jersey.
- Putnam, R. D. (1995). Tuning in, tuning out: The strange disappearance of social capital in America. *Political Science and Politics* 28(4), S. 664-683.
- Putnam, R. D. (2007). E pluribus unum: Diversity and community in the twenty-first century the 2006 Johan Skytte Prize Lecture. *Scandinavian Political Studies* 30(2), S. 137-174.
- Reiser, M., Küppers, A., Hebenstreit, J., Vogel, L. und Zissel, P. (2025) *Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Ergebnisse des Thüringen-Monitors*. Jena.
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). „Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?“, *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70(2), S. 237-254. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s11577-018-0522-1>.

- Sachweh, P. (2020). „Social Integration and Right-Wing Populist Voting in Germany: How Subjective Social Marginalization Affects Support for the AfD“. *Analyse & Kritik*, 42(2), S. 369–398. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1515/auk-2020-0015>.
- Schmitt-Beck, R. et al. (2017). Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27: 273–303.
- Schwarzböttl, T. & Fatke, M. (2016). Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. *Politische Vierteljahresschrift* 57, S. 276-299.

Impressum

Universität Tübingen, Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex)

PD Dr. Rolf Frankenberger rolf.frankenberger@uni-tuebingen.de |

Geschwister-Scholl-Platz • 72074 Tübingen • www.uni-tuebingen.de/irex